Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

# Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
# 3 (1889)

135 (17.11.1889)

urn:nbn:de:gbv:45:1-192505

Visual Library

Nr. 135. 3. Jahrgang. Bant-Wilhelmshaven. Sonntag, 17. November 1889.

# Norddeutsches Volksblatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 Mk. 50 Pf.
für 2 Monate . 1 „ — „
für 1 Monat . — „ 50 „
excl. Postbestellgeld.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform, für Politik und Unterhaltung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfstraße Nr. 1.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

## Die „unschuldig Leidenden".

Wir erwähnten bereits, daß ein Gelehrter der „Weser-Zeitung" herausgefunden hat, daß die Sozialdemokratie einzig und allein die Schuld an dem Sozialistengesetz trage, unter dessen Druck nicht etwa die Sozialdemokraten, sondern „Wir" — d. h. die Gelehrten der „Weserztg." nebst ihrem Bourgeoisgefolge — „unschuldig leiden."

Für den auf seinem Drehschemel sitzenden und so großartige Gedanken ausbrütenden Gelehrten der „W.-Z." sind also die Hunderte von Ausweisungen, die Tausende Jahre Gefängniß, die Vernichtung zahlloser Existenzen, all' die Noth und das Elend, die Verfolgung und Bedrückung, von denen deutsche Arbeiter und ihre Familien auf Grund des Ausnahmegesetzes nun schon seit elf Jahren betroffen wurden, der reine Mumpitz. Die „unschuldig Leidenden" sind „Wir", wir, die feisten Bourgeois, die nach einem solennen Frühstück sich gemächlich auf's Kanapee werfen und beim Dufte einer Havannah die neuesten Morgenzeitungen mit dem Kourszettel studiren.

Und warum sind „Wir" die „unschuldig Leidenden?"

Weil die Sozialdemokratie nicht allein die Schuld an dem Ausnahmegesetz, sondern an allen den jetzigen Mißständen trägt. — Das ist die neueste Entdeckung des weisen Ben Akiba. —

Zwar ist es eine beliebte Behauptung der freisinnigen Politiker. à la Eugen Richter, daß die Sozialdemokratie und ihre Agitation die reaktionäre Strömung in unserm politischen Leben verschuldet haben, das genügt aber unserm Gelehrten nicht, nach ihm haben die Sozialdemokraten auch die hohen Lebensmittelpreise, die herrschende Interessenpolitik, Schutzzölle u. s. w. auf dem Gewissen.

Aus verschiedenen Gründen sei die Situation sowohl in politischer wie in sozialer Hinsicht im Jahre 1878 eine äußerst schwierige gewesen. In Folge verbesserter Verkehrswege und vervollkommneter Produktion seien die Lebensmittelpreise gesunken und seien dadurch die Großgrundbesitzer, die bis dahin in Preußen vorherrschende Schicht, in ihrer Stellung bedroht gewesen. Dazu seien dann die Wirkungen der seit 1873 auffallend lange anhaltenden Handelskrise getreten, welche den Schutzzollpolitikern Nahrung für ihre Agitation gaben. Endlich bet der Tod Pius IX. Gelegenheit, mit dem oppositionellen katholischen Adel Frieden zu schließen, was auch insofern gelang, als die ultramontane Landaristokratie in der Zollpolitik mit dem protestantischen Landadel Hand in Hand ging. — Die Sache stand also schon recht schlecht für den freiheitlichen Ausbau des Reichs, da seien wie Blitze die beiden Attentate in diese gefahrvolle Situation geschlagen. Das sei der Wendepunkt im Schicksal unserer innern Politik gewesen. Nachdem die erste Sozialistengesetzvorlage von den Nationalliberalen abgelehnt, fiel der zweite Schuß, und nun nützte Fürst Bismarck die Situation rücksichtslos gegen v. Bennigsen und die Nationalliberalen aus. Sie wurden bei den der Auflösung des Reichstages folgenden Neuwahlen „an die Wand gedrückt." Dadurch sei jeder Widerstand gegen die nun folgenden reaktionären Bestrebungen gebrochen gewesen.

Die Schuld an alledem trage aber die Sozialdemokratie, welche durch ihre maßlose Hetzerei, ihrem beständigen Drohen mit Mord und Brand und dem dröhnenden Schritt der Arbeiterbataillone einestheils, wenn auch nur indirekt, die Attentate verschuldet, andererseits aber die ruhigen, friedliebenden Bürger kopfscheu gemacht und der Reaktion in die Arme getrieben habe. Die Sozialpolitik habe dann noch ihr Uebriges gethan, um die Massen den reaktionären Sonderinteressen der konservativen Partei dienstbar zu machen. Man versprach ihnen, dadurch die sozialdemokratischen Volksverführer unschädlich zu machen. Zwar sei es höchst unwahrscheinlich, daß solche Erwartungen erfüllt würden; man erlebe im Gegentheil, daß der Einfluß der Herren Bebel und Liebknecht im Fortschreiten ist. Aber mittlerweile erstrecke sich über das ganze Volk, Schuldige und Unschuldige, Sozialdemokraten, ruhige Arbeiter und Liberale jenes reaktionäre Regierungssystem, das mit polizeilichem Druck einerseits, mit prinzipieller Anerkennung mancher sozialdemokratischer Forderungen und dem staatssozialistischen Versicherungswesen anderseits die brennende Frage lösen wolle, dabei aber die empfindlichsten Maßregeln wie Lebensmittelvertheuerung, Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten, Beeinträchtigung der Gewerbefreiheit und Untergrabung der Macht des Reichstages für Alle mit sich bringt. Wir würden auf diesen Gebieten am sichersten wieder zu Fortschritten kommen, wenn sich die Arbeiter von der Sozialdemokratie abwendeten.

So der Gelehrte der „Weser-Ztg."

Die Arbeiter wissen nun, was sie zu thun haben, um glückliche und friedliche Zeiten herbeizuführen.

Wir möchten uns indeß erlauben, die Sache von einer anderen Seite zu beleuchten. Als nach den Märztagen des Jahres 1848 die Reaktion von Neuem das Haupt erhob, da erwuchs dem liberalen deutschen Bürgerthum die Pflicht, sich dieser Reaktion mit aller Macht entgegenzustemmen. Sozialdemokraten im jetzigen Sinne des Wortes gab es da noch nicht, die „maßlose Hetzerei", das „Drohen mit Brand und Mord" wurde damals von der bürgerlichen Presse betrieben und wir könnten in dieser Hinsicht Proben anführen, denen gegenüber die heftigsten sozialdemokratischen Preßprodukte sich so unschuldig ausnehmen, wie ein geduldig Lämmlein gegenüber dem reißenden Wolf.

Wie gesagt, aus Furcht vor der Sozialdemokratie brauchte das deutsche Bürgerthum damals noch nicht in's reaktionäre Lager zu retiriren, und doch — wie jämmerlich hat es sich in diesem Kampfe gegen die Reaktion benommen?

Anfangs sich in demokratischen Phrasen berauschend, ohne jemals zur ersprießlichen That zu schreiten, schwand ihm schließlich jede Energie, jedes Selbstbewußtsein und — die Reaktion triumphirte. Berauscht von kriegerischen Erfolgen und einzig und allein auf Füllung ihres Geldsacks bedacht, führte die deutsche Bourgeoisie den wilden Tanz um das goldene Kalb auf, warf alle Ideale über Bord und ließ dem widerlichsten Egoismus die Zügel schießen.

Die freiheitlichen Errungenschaften zu schützen und weiter auszubauen, fiel dieser korrumpirten Gesellschaft nicht ein.

Dem wilden Hexensabbath der Gründerjahre folgte der große Krach. Die Politik war nun einzig blos noch ein Schachergeschäft. Die Volksrechte wurden verhandelt wie eine Waare, je nachdem es den Interessen dieser oder jener Gruppe oder Gemeinschaft dienlich schien. Das Parlament wurde zur Tröblerbude, wo die schamloseste Interessenwirthschaft ihre Triumphe feierte.

Und die einzigste Partei, welche gegen dieses korrumpirende System entschieden Front machte, war die Sozialdemokratie. Alles, was noch politischen Charakter besaß, drängte sich in ihre Reihen oder sympathisirte wenigstens mit ihr. Anfangs war der Regierung die Bewegung willkommen, sie liebäugelte mit derselben, um vermittels des „rothen Gespenstes" auch noch die letzte Spur von Oppositionsgeist aus den ängstlichen Philistern herauszutreiben. Dieser Versuch mißglückte insofern, als die Bewegung sich zu diesem Zweck nicht gebrauchen ließ und schließlich der Regierung über den Kopf wuchs.

Um das liberale Bürgerthum, das noch immer nicht so recht der Reaktion Vorspanndienste leisten wollte, kirre zu kriegen, mußte ein anderes Mittel ersonnen werden.

Es kamen die Attentate. Wie von offiziöser Seite Seite erst in neuester Zeit zugestanden wurde, waren sie nur Mittel zum Zweck. Nicht um die Frage des Sozialistengesetzes und die Bekämpfung der Sozialdemokratie durch dasselbe handelte es sich bei der Auflösung des Reichstages im Jahre 1878, sondern einzig darum, die Nationalliberalen, die nicht über den Stock springen wollten, „an die Wand zu drücken, daß sie quietschten."

Die Prozedur half. Die liberale Bourgeoisie wurde willig und gefügig. Die Furcht vor dem „rothen Gespenst", die Angst um den Geldsack thaten das Uebrige; die Bourgeoisie gab sich nicht allein der Reaktion preis, sie suchte sogar der Regierung in reaktionären Bestrebungen den Rang abzulaufen, sie apportirte derselben eine reaktionäre Maßregel nach der andern und gab Zug um Zug die mühsam errungenen Volksrechte Preis. Die Anträge des Kulemann zum Sozialistengesetz sind ein sprechender Beweis dafür, daß der Nationalliberalismus reaktionärer ist, als die Regierung selbst.

Von der Impotenz des Freisinns im Hinblick auf eine ersprießliche Bekämpfung der Reaktion brauchen wir nicht erst lange zu reden, sie kennzeichnet sich fortdauernd selbst.

Der einzigste Wall gegenüber der reaktionären Hochfluth ist die Sozialdemokratie. Aber sie ist auch zugleich die gefährlichste Gegnerin der bürgerlichen ökonomischen Ordnung. Darum haben die reaktionäre Regierung und das noch weit mehr reaktionäre Bürgerthum den Gegner geknebelt.

Beide sehen nun ihre Ohnmacht ein. Statt aber ehrlich dieselbe einzugestehen sucht man nach allerlei Ausflüchten. Die Regierung und ihre Gefolgschaft stützen sich offen auf die Gewalt, das liberale Bürgerthum nimmt seine Zuflucht zur Heuchelei, erscheint als armer Lazarus, als „unschuldig Leidender" auf der Bühne, um der Sozialdemokratie Moral zu predigen: daß sie es sei, die all' dies Unheil heraufbeschworen. — O jammervolles Philisterthum.

—r.

---

## Politische Rundschau.

Bant, den 16. November.

**Berlin**, 16. Nov. In der Reichstagssitzung vom vorigen Montag hat der preußische Minister des Innern bekanntlich den Ihring-Mahlow-Prozeß in die Erörterung gezogen und zwar, wie er erklärte, in der Absicht, diese Sache, die wirklich wohl allmälig anfängt, das Haus etwas zu ermüden, auf einmal zu Ende zu bringen. Das Urtheil des Ministers in dieser Sache ging kurz dahin, daß die Zeugen im Ihring-Mahlow-Prozesse unglaubwürdig seien, während dem Beamten Ihring geglaubt werden müsse, „der in langjähriger treuer Pflichterfüllung sich als ein besonders zuverlässiger und wahrheitsliebender Beamter erwiesen hat." Im Wesentlichen dasselbe Urtheil hat bekanntlich Herr v. Puttkamer zu wiederholten Malen abgegeben. Im Unterschiede von Herrn v. Puttkamer aber, der immer nur unbestimmt von „unglaubwürdigen" und einmal im preußischen Landtage von „meineidigen" Zeugen sprach, ohne zu sagen, daß er sämmtliche Entlastungszeugen oder bestimmt bezeichnete unter ihnen meine, nennt Herr Herrfurth jetzt diese Zeugen in Bausch und Bogen „unglaubwürdig". Während daher der Versuch, Herrn v. Puttkamer wegen Beleidigung der Zeugen zu belangen, scheitern mußte, scheint die Erhebung des Strafantrages gegen den Minister Herrfurth nunmehr möglich. Es wird dem „Berl. Volksbl." mitgetheilt, daß diese Absicht denn auch besteht und die einleitenden Schritte bereits geschehen sind. Da wäre also der dritte Mahlow-Ihring-Prozeß. Zur Beurtheilung der Sachlage ist es nöthig, neben den Aeußerungen des Ministers in der Reichstagssitzung vom 4. d. M. kurz die Thatsachen zu stellen. Herr Herrfurth erklärte: „Ich habe die Akten dieses Falles sehr genau studirt und es hat mir vielleicht ein viel größeres Material noch vorgelegen als den meisten Herren, die über diesen Fall überhaupt gesprochen haben." Darauf äußerte der Minister sein oben wiedergegebenes Urtheil über die sozialdemokratischen Zeugen einerseits, den Schutzmann Ihring andererseits und sagte zur Begründung dieses Urtheils Folgendes: „Sie glauben mit dem Gerichte zweiter Instanz den Belastungszeugen, deren Glaubwürdigkeit mir schon im Hinblick auf die Theorie von der Verdienstlichkeit der Zeugenaussagen, die für Parteigenossen günstig sind (oho! bei den Sozialdemokraten), nicht zweifellos erscheint, hauptsächlich aber deshalb halte ich diese Zeugen für unglaubwürdig, weil gegen dieselben strafrechtlich vorgegangen worden ist, und sie nicht auf Grund des Sozialistengesetzes, sondern auf Grund des gemeinen Rechts schwere Strafen erlitten haben, der Eine, weil er sich der Verleitung von Personen der Armee zum Treubruch schuldig gemacht, und der Andere, weil er wissentlich einen Meineid geleistet hat. (Hört, hört! rechts.)" Soweit der Minister. Derselbe hat sich in allen hier berichteten Thatsachen geirrt. Die Theorie der Verdienstlichkeit oder auch nur Erlaubtheit des Meineides ist von den Sozialdemokraten niemals aufgestellt worden. Der Minister hat diesem Argument auch selbst nicht viel Bedeutung beigemessen. Es ist sodann falsch, daß zwei der Zeugen wegen der genannten Vergehen bestraft worden seien. Was der Minister über die Verurtheilung eines Zeugen wegen Verleitung von Soldaten zum Treubruch sagt, kann nur auf Christensen abzielen. Christensen ist aber nur wegen Verbreitung verbotener Schriften unter Soldaten der Armee auf Grund des Sozialistengesetzes, nicht auf Grund des gemeinen Rechts, verurtheilt worden. Die zweite Verurtheilung, über welche der Minister berichtet hat, bezieht sich auf den Fall des wegen fahrlässigen Meineids verurtheilten Wittkowsky; von den Zeugen im Mahlow-Ihring-Prozeß ist Niemand wegen wissentlichen Meineids verurtheilt. Christensen ist übrigens im Mahlow-Ihring-Prozesse bekanntlich nicht Zeuge, sondern Angeklagter gewesen; der Minister irrt also auch, wenn er Christensen für einen Zeugen hält und die sozialdemokratischen Zeugen als Belastungszeugen bezeichnet. Die Ausführungen des Ministers lesen sich, als ob Mahlow-Ihring der Angeklagte gewesen sei. In dem Sinne, wie der Prozeß Stöcker-Bäcker vom Gerichtsvorsitzenden als „Verhandlung wider Stöcker" bezeichnet wurde, mag dies zutreffen. Formell ist es aber ein Irrthum, und dieser Irrthum zeigt neben den übrigen Irrthümern, daß das Urtheil, welches der Minister über die Unglaubwürdigkeit der Zeugen gab, auf thatsächlich unrichtiger Grundlage beruht. Dies fällt freilich um so mehr auf, als der Minister ja die Akten sehr genau zu kennen erklärte. Minister Herrfurth hat, wie es auf die Reichstagsabgeordneten den Eindruck machte, die Sache nicht so überaus schroff gemeint. Das Lockspitzelsystem und in Konsequenz desselben die Verdächtigung einwandsfreier, unbescholtener sozialdemokratischer Zeugen als unglaubwürdig und meineidig gehörte zum System Puttkamer; Herr Herrfurth erklärt, in diesem Punkte auf die Erbschaft verzichten zu wollen. Der Minister würde,

Landesbibliothek Oldenburg

nachdem er sich von der Irrthümlichkeit seiner Angaben überzeugt hat, das Urtheil über die Zeugen zurücknehmen können, ohne sich dadurch an Achtung etwas zu vergeben. Das könnte unseres Erachtens für die Zeugen ausreichen und der dritte Mahlow-Ihring-Prozeß könnte unter dieser Bedingung da bleiben, wo — der zweite (sogenannte neue) Mahlow-Ihring-Prozeß geblieben ist.

— Die Reichstagskommission für das Sozialistengesetz nahm in ihrer gestrigen Sitzung die §§ 2 bis 9 der Regierungsvorlage in bisheriger Fassung an.

— Die Etatskommission bewilligte die Kaiser-Yacht mit 21 gegen 7 Stimmen. Vom Zentrum stimmten Frankenstein, Hüne und Hoensbroech mit der Mehrheit. Gestrichen wurden die Neuforderungen für ein Panzerfahrzeug, eine Kreuzerkorvette und einen Aviso. Von den Forderungen für einen neuen Kreuzer wurde 1/2 Million Mark abgestrichen. Der Gesammtbetrag der Abstriche beträgt 5 1/2 Millionen Mark. Die zweiten Raten wurden sämmtlich bewilligt.

— Sozialdemokratische Reichstagskandidaturen. Eßlingen-Nürtingen: Schlossermeister Feller-Oberleuningen. Berlin V: Kaufmann Albert Auerbach.

— Der Auswanderungsschwindel in seiner schönsten Blüthe. Unter dieser Ueberschrift veröffentlichten wir im vorigen Jahre einen Artikel über das Treiben einer Anzahl Auswanderungsagenten von Bremer und anderen Firmen in Galizien und an der oberschlesischen Grenze. Die angeführten Thatsachen waren so unglaublicher Art, daß unseres Wissens kein deutsches Blatt es wagte, diesen Artikel zum Abdruck zu bringen. Am 14. d. M. haben nun, wie wir aus österreichischen Blättern ersehen, vor dem Schwurgericht in Wadovice die bezüglichen Gerichtsverhandlungen begonnen. Die Verhandlung gegen die 67 Angeklagten wird annähernd drei Monate dauern. Wir werden über den Prozeß eingehend berichten.

— Der große Elberfelder Geheimbundsprozeß, dessen Verhandlung am Montag künftiger Woche beginnt, wirft seine Schatten voraus. Die Polizeibehörde macht bekannt, daß die Insel, auf der das Landgericht liegt, vom 18. November ab für Passanten gesperrt ist. Der Vorsitzende der Strafkammer zeigt an, daß der Zutritt zum Gerichtssaal nur gegen Karten gestattet wird. An jedem Tage sollen deren 50 ausgegeben werden. Endlich erläßt der Landgerichtspräsident und der erste Staatsanwalt eine längere Bekanntmachung, die für die Dauer des Prozesses den Verkehr mit den übrigen Amtsstellen und den abgesperten Landgericht ordnet. — Den Angeschuldigten sind gestern noch 67 neue Zeugen bezeichnet worden, damit hat deren Zahl die Ziffer 468 erreicht.

— Vor dem Dresdener Landgericht hatte sich am 13. d. Mts. der Redakteur Willner von dem sozialdemokratischen „Sächsischen Wochenblatt wegen Majestätsbeleidigung zu verantworten. Das Urtheil lautet auf acht Monate Gefängniß. Ein Antrag des Staatsanwalts, den Verurtheilten sofort zu verhaften, wurde seitens des Gerichtshofes abgelehnt, nachdem der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Stadthagen aus Berlin, dagegen mit dem Bemerken protestirt hatte, daß es die Anhänger der sozialdemokratischen Partei für schimpflich hielten, wenn sich ein Parteigenosse der Vollstreckung eines gerichtlichen Urtheils durch die Flucht entziehe. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

— Ein Ausfuhrverbot von lebenden Bakonierschweinen hat nach der „Allgemeinen Fleischerzeitung" die österreichisch-ungarische Regierung erlassen. Bakonier werden nunmehr in geschlachtetem Zustande von Ungarn eingeführt werden und ruhen darauf deutscherseits 10 Mk. pro Zentner Zoll. Dieses Verbot hatte zur Folge, daß heute Bakonier auf dem Berliner Markt im Preise um 8 Mark pro Zentner stiegen; voraussichtlich dürfte der Preis in den nächsten Tagen, sobald der Versandt von Ratibor, Beuthen, Myslowitz, Pirna ꝛc. aufhört, eine weitere Steigerung erfahren. Die Berliner Engros-Schlächtermeister haben infolge dessen ihre Gesellen, welche in den dortigen Schlachthäusern bisher beschäftigt waren, telegraphisch abberufen. Das Wolff'sche Telegraphenbureau verbreitet in derselben Angelegenheit ein Telegramm aus Pest in nachstehender vielleicht nicht zufällig dunkeln und widerspruchsvollen Fassung: Die ungarische Regierung hat der deutschen Regierung den Ausbruch der Maul- und Klauenseuche, welche wohl die Mastung beeinträchtige, Handel und Verkehr hemme, der Gesundheit der Thiere jedoch nicht im Geringsten schädlich sei, als in etlichen Schweinemastungen Steinbruchs eingetreten angezeigt; gleichzeitig aber auch von den getroffenen außergewöhnlichen strengsten Verfügungen behufs Lokalisirung des Uebels Mittheilung gemacht. Die Behörde hat außerdem den ganzen Verkehr nach Deutschland eingestellt, an die deutsche Regierung aber das Ersuchen gerichtet, die Einfuhr gesunder Mastungen nicht zu hemmen. Minister Graf Szapary und Ministerialrath Lipthay haben sich durch Besuch der Kontumaz-Anstalten persönlich von der strengen Durchführung der angeordneten Maßregeln überzeugt. —

— Ein unerhörtes Urtheil wegen „Erpressung" höherer Löhne ist in Celle gefällt worden. Die „Celle'sche Zeitung" berichtet über den Fall wie folgt: „Die Zimmergesellen H., W., H., U. und H., welche die Lohnkommission des hiesigen Fachvereins der Zimmerer bilden, sind wegen gemeinschaftlicher Erpressung angeklagt. Dieselben hatten im Auftrage des Vereins einen Brief an den Zimmermeister Pahlmann geschrieben, in welchem sie ankündigten, es würde über P. die Platzsperre verhängt werden, falls er nicht dem Gesellen Meyer 35 Pfg. Stundenlohn statt 32 Pfg. zahlen würde. Der Zeuge P. sagt aus, daß der Geselle M. bei ihm stets einen etwas geringeren Lohn erhalten habe, weil er ein schlechterer Arbeiter gewesen sei, als die übrigen Gesellen, daß er (P.) sich aber zu der Lohnerhöhung verstanden habe, um der Platzsperre zu entgehen. Die Frage drehte sich schließlich darum, ob zwischen den hiesigen Meistern und Gesellen ein Stundenlohn von 35 Pfg. als Maximal- oder als Minimallohn vereinbart sei, worüber die Angeklagten und der Zeuge entgegengesetzter Ansicht waren. Das Gericht erachtete diesen letzten Punkt für unwesentlich, da selbst bei einer Festsetzung von Normallöhnen doch den Betheiligten die freie Vereinbarung vorbehalten bleiben müsse. Die Angeklagten seien der Erpressung schuldig- und hätten dem P. eine schwere Schädigung seiner Vermögensverhältnisse angedroht. Das Urtheil lautete für alle fünf Angeklagten auf je einen Monat Gefängniß und Tragung der Kosten." Dieses Urtheil ist geeignet, das größte Aufsehen zu erregen. Wird dasselbe von den höheren Instanzen bestätigt — was wir vorläufig noch bezweifeln wollen — und findet es Nachahmung, dann sind die sehnlichsten Wünsche der Innungsbrüder und sonstiger Reaktionäre erfüllt. —

— Eine öffentliche Zustellung hat das Berliner Landgericht I erlassen gegen die Herren Karl von Brederlow, früher in Bielefeld, und Fritz von Stephan, früher in Berlin, beide jetzt unbekannten Aufenthalts. Klägerin gegen Beide ist eine westfälische Firma aus einem Wechsel von 3000 Mark, welchen von Stephan auf von Brederlow gezogen hat. Diese Angelegenheit hängt mit der plötzlichen Reise des Sohnes eines der höchsten Reichsbeamten zusammen, über die Berliner Blätter berichtet haben.

— Der Reichstagsabgeordnete Lüderitz (Osterburg-Stendal) ist am 13. d. M. gestorben.

## Holland.

— Die öffentliche Aufmerksamkeit der Arbeiterkreise wendet sich der künftigen Reichstagswahl in Deutschland in steigendem Maße zu. Besonders in sozialdemokratischen Kreisen ist man von der hohen Bedeutung derselben überzeugt und giebt sich bezüglich des Ausfalls großen Hoffnungen hin. In den sozialistischen Vereinen wird für den deutschen Wahlfonds eifrig gesammelt und auch die Parteiblätter „Radical", „Wochenblatt", „Socialist" und „Recht vor Allen" agitiren in dieser Richtung und fordern dringend zu Beiträgen auf.

## Norwegen.

**Christiania.** „In ganz Norwegen", so schreibt man dem „N. W. Tgbl." aus Kopenhagen, „bildet das Tagesgespräch der Ausstand der Arbeiterinnen in den großen Fabriken schwedischer Zündhölzchen zu Christiania, der durch das Eingreifen des Dichters Björnson eine stark dramatische Entwicklung genommen hat. Es haben augenblicklich über tausend Fabrikmädchen die Arbeit niedergelegt. Ihre Beschäftigung ist außerordentlich schwer, einförmig, gesundheitswidrig und dabei nur in sehr geringem Maße lohnend. Um das Nöthigste zum Lebensunterhalt zu erwerben, müssen die armen Menschen durchschnittlich in jeder Woche nicht weniger als 16 000 Schwefelholzdosen verpacken. Zwölf Stunden haben die Arbeiterinnen tagtäglich in giftigen Schwefel- und Phosphordünsten auszuharren. Die meisten verfallen nur zu bald einer unerbittlich fortschreitenden Auszehrung und mit der Abnahme der Kräfte geht eine Abnahme des Verdienstes Hand in Hand. Die einzigen Heilmittel: kräftige Kost, gesunde Wohnungen und ärztlicher Beistand sind bei den unglücklichen nordischen Arbeiterverhältnissen für die Hinsiechenden unerreichbare Ideale. Als der Ausstand größere Ausdehnung annahm, trat Björnson mit dem leidenschaftlichen Feuereifer, der ihm eigen ist, für die unglücklichen Arbeiterinnen in die Schanze. Er erklärte, daß niemals ein Ausstand gerechter gewesen sei, als diese nothgedrungene Auflehnung hülfloser Frauen und Mädchen gegen gewissenlos schaltende Fabrikanten, die aus Gewinnsucht keinerlei sanitäre Vorkehrungen gegen das um sich greifende Siechthum unter der weiblichen Arbeiterwelt getroffen hätten. Merkwürdigerweise hat Björnson in dieser Bewegung eine Szene aus seinem neuesten Roman, der die beschauliche Lebensanschauung eines buchstabengläubigen Pristers mit der Lebensführung eines werkthätigen Arztes in einen geistigen Konflikt stellt, in die Wirklichkeit übertragen. Er richtete nämlich an den norwegischen Bischof Essendrop die Aufforderung, in Erfüllung seiner christlichen Liebespflichten für die Arbeiterinnen öffentlich einzutreten. Der Bischof lehnte das Ansinnen ab, da ihm ein parteiisches Eingreifen durch seine amtliche Stellung versagt werde. In Folge dieser Ablehnung ersichten Björnson in vergangener Woche in einer großen Ausstandsversammlung und hielt eine zündende, stürmisch bejubelte Ansprache. Die Versammlung wurde von einem Arzte, Dr. Nissen, damit eröffnet, daß er drei junge Mädchen, die einst völlig gesund waren, als lebendige Beispiele für die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft vorführte. Die Mädchen hatten fast alle ihre Zähne und sogar einen Theil ihres Kiefers verloren, so daß sie in ihrem aschfahlen Aussehen als menschliche Karrikaturen erschienen. Ihr Erscheinen erregte die tiefsten Gefühle des Mitleids, „man weinte", wie norwegisch-dänische Zeitungen berichten, „Thränen der Wuth und des Kummers". Dann erhob sich Björnson. Er sagte, daß diesmal die Stimme des Rechtes gehört werden sollte, und daß dieser Frauen- und Mädchenstreik nicht ergebnißlos verlaufen werde. Er sei kein Hetzer, aber er werde hundert andere Streiks im Lande wachrufen, bis

---

35)

## Irrungen.

Kriminalnovelle von G. Struder.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sich dankbar verneigend ließ Springer auf dem angebotenen Stuhle sich nieder und erwiderte:

„Ich bedaure lebhaft, daß ich in Gegenwart der Damen von geschäftlichen Dingen, welche denselben gewiß nur ein nebensächliches Interesse einflößen, reden muß, und daher werde ich mich möglichst kurz fassen. Die Angelegenheit ist ohnehin mit wenigen Worten erledigt, da wir nämlich über den Preis einig sind, so wird es nur von Ihnen abhängen, Herr Baron, wann wir zusammen vor einem Notar erscheinen und die Vertragsurkunde unterzeichnen. In demselben Augenblicke erhalten Sie alsdann die Kaufsumme in baar oder in einer Anweisung auf ein Bankhaus, und gleichzeitig geht das Eigenthum an dem Ehelhofe auf mich über."

„Sie werden der Eigenthümer?" frug der Baron erstaunt. „Ich glaubte, daß Sie lediglich nur der Vertreter eines Konsortiums seien!"

„Ich wollte hiermit nur sagen, daß ich das Eigenthum auf meinen Namen werde überschreiben lassen. Und nun bitte ich Sie, den Tag für den Abschluß des Vertrages gütigst fixiren zu wollen."

„Sobald ich den Vertrag unterzeichnet habe," meinte der erstere nachdenklich, „sind Sie oder das Konsortium Eigenthümer des Ehelhofes. Sie können also auch verlangen, daß ich auf der Stelle auszöge und Ihnen das ganze Gut übergäbe!"

„Das könnte ich allerdings, aber ich werde es nicht thun. Sie können noch Wochen und Monate ruhig hier wohnen bleiben, nur werden Sie mir erlauben, daß ich inzwischen die nöthigen Reparaturen in Angriff nehmen lasse, um die Burg zu einem recht modernen Wohnhause umzugestalten."

„Ich war der Ansicht, daß Sie aus der Burg eine Heilanstalt machen wollten!" bemerkte der Baron verwundert.

„Das ist wohl möglich," erwiderte Springer lächelnd, „aber auch in diesem Falle ist z. B. eine Wohnung für den Direktor eines der ersten Erfordernisse, zumal als es nicht ganz ausgeschlossen ist, daß ich selbst einmal der Direktor dieser Anstalt werde."

„Sie setzen mich immer mehr in Erstaunen! Erst stellen Sie sich als einen einfachen Kommis vor, dann erklären Sie, das Gut auf Ihren eigenen Namen zu kaufen und nun wollen Sie noch gar Direktor der Anstalt werden! Entweder sind Sie nicht das, was Sie scheinen, oder Sie haben am Ende Nebenabsichten, welche vor dem Tageslichte sich verbergen müssen."

Der Baron hatte die letzten Worte in seinem früheren hochmüthigen und verletzenden Tone gesprochen, aber sie verfehlten diesmal vollständig ihre Wirkung auf den Besucher. Fast mitleidig zuckte er mit den Achseln und erwiderte:

„Ihren Verdacht verzeihe ich Ihnen, Herr Baron, denn Sie werden meine wahren Absichten bald ganz genau kennen. Was mit dem Gute geschieht und welche Stellung ich später auf demselben einnehme, das kann Ihnen vollständig gleichgiltig sein, die Hauptsache ist für Sie, daß Sie Ihr Geld erhalten und nun frage ich nochmals: Welchen Tag wollen Sie für unser Erscheinen vor dem Notar in Wiesbaden bestimmen?"

Der sichere, fast überlegene Ton, welchen Springer anschlug, reizte zwar den Baron und schon stand er im Begriffe, aufzubrausen, doch zur rechten Zeit noch besann er sich eines bessern und entgegnete ziemlich ruhig:

„So proponire ich Ihnen, daß wir am nächsten Montag, des Nachmittags um 3 Uhr bei dem Notar Euler in Wiesbaden zusammenkommen. Sind Sie hiermit einverstanden?"

„Gewiß. Diese Zeit paßt auch mir vortrefflich."

„Hiermit wäre unser Geschäft also erledigt," versetzte der Baron, indem er sich erhob. Seine Miene schien dabei den Wunsch auszudrücken, daß der Gast nunmehr sich wiederum verabschiede, doch dieser blieb ruhig sitzen und sprach, indem er zu den Damen, welche bis dahin mit keinem Worte an dem Gespräche theilgenommen hatten, sich wandte:

„Darf ich mir wohl die Frage erlauben, meine Damen, ob Herr von Dürenstein nicht mehr hier anwesend ist? Es wäre mir sehr angenehm gewesen, ihn einen Augenblick sprechen zu können."

„Herr von Dürenstein ist nach Wiesbaden gereist zur Erledigung von Angelegenheiten, welche mit seiner baldigen Heirath in Verbindung stehen," versetzte die Baronin, indem sie den Kopf mit Stolz emporrichtete. „Indessen wird er noch diesen Abend oder spätestens morgen früh zurückkehren."

„Ich bedaure dies lebhaft," erwiderte der junge Mann, „ich hätte ihn gern um Auskunft über einen Herrn in Südamerika gebeten. Man hat mir nämlich mitgetheilt, daß Herr von Dürenstein von einem Bruder der gnädigen Frau hierher empfohlen worden sei, und da ich jenen Bruder persönlich kennen gelernt habe, so wollte ich Herrn von Dürenstein fragen, wie es demselben gegenwärtig ergeht. Doch vielleicht bietet sich hierzu noch später einmal Gelegenheit."

„Sie kennen meinen Bruder Otto?" rief die Baronin, ihre Würde vergessend, hastig aus, worauf der erstere mit lächelnder Miene fortfuhr:

„Ja, ich habe Herrn Otto von Römer vor einem Jahre ungefähr in Südamerika gesehen und gesprochen und auch einige Tage in seinem Hause logirt. Ein sehr liebenswürdiger Herr, dessen ich stets mit der größten Hochachtung und Verehrung gedenken werde. Wenn Herr von Dürenstein von solcher Seite empfohlen ist, so muß er allerdings ein sehr schätzenswerther Mensch sein und darum möchte ich gern seine nähere Bekanntschaft machen."

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

die Arbeiter ihr billiges Menschenrecht erhalten hätten und nicht mehr gezwungen seien, auf jedem Butterbrod tödtlich Gift zu verspeisen. (Stürmischer Beifall). Die Ausständigen beschlossen vorläufig, eine zweite große, aber nur von Weibern zu besuchende Versammlung abzuhalten, da in ihr hauptsächlich die durch die Fabrikarbeit hervorgerufenen Frauenleiden zur gründlichen Besprechung gelangen sollten."

### Belgien.

— Je weiter der Prozeß Pourbaix vorschreitet, um so tiefer wird der Sumpf, in welchem man watet. Immer klarer tritt es zu Tage, wie planmäßig die belgischen Arbeiter aufgehetzt worden sind, wobei weder Dynamit, Schnaps und Bier, noch Rede und Schrift auf Staatskosten gespart wurden. Der Lockspitzel Pourbaix ist nur das Werkzeug dieser Birthschaft; die Hauptschuldigen sind die Minister. Diese fühlen denn auch, daß ihnen schwere Kämpfe bevorstehen, da die Linke entschlossen ist, die Enthüllungen dieses Prozesses gegen die Regierung auszunutzen. Schon hatte der Justizminister den Generalstaatsanwalt aus Mons zu sich berufen; auch der Vertheidiger des Pourbaix war nach Brüssel beschieden. Das ministerielle „Brüsseler Journal" greift den Advokaten Janson, welcher die Thateu der Minister zu Tage fördert, heftig an und ermahnt die Kammermehrheit, unpassende Debatten nicht zu dulden, aber alles das kann das Verhängniß nicht mehr hemmen. Von den zu Tage getretenen Unsauberkeiten nur ein Beispiel, welches die Moral der obersten Klassen beleuchtet. Der Spitzel Pourbaix hatte bereits 1200 Frcs. aus der Staatskasse erhalten und forderte noch 800 Frcs. Der Justizminister wollte ihm aus Anerkennung seiner Thaten noch 500 Frcs. bewilligen. Diese 800 Frcs. schuldete der Spitzel dem Senator Cornet, welcher ihn den Ministern empfohlen hatte und nunmehr aus Staatsmitteln befriedigt werden sollte. Und dabei hatte dieser Senator Cornet die Dreistigkeit, eidlich vor Gericht zu erklären, Pourbaix schulde ihm nichts!

### Frankreich.

**Paris.** Amtliche Unterstützungen von Arbeitseinstellungen. In Deutschland kann dergleichen nicht vorkommen; um so etwas zu finden, muß man in ein „wildes" Land gehen. Wie wir aus der letzten Nummer der „Aktion soziale" von Lyon ersehen, hat Eduard Veillant im Pariser Gemeinderath den Antrag gestellt, den Streikenden von Cours 5000 Fr. und denen das Norddepartements 10 000 aus der städtischen Kasse zu geben. Der Antrag ist vor eine Kommission verwiesen worden, und wird, wie die „Aktion soziale" meint, sicher bewilligt werden. Vaillant begründete in beiden Fällen seinen Antrag damit, daß die Arbeiter durch die Arbeitgeber zum Streik getrieben worden sind, und daß die Arbeitgeber jede Konzession verweigert haben und von einer schiedsrichterlichen Beilegung nichts wissen wollen.

— Die französischen Sozialdemokraten haben in Lille eine Genossenschaftsdruckerei gegründet, in welcher eine Zeitung und Broschüren hergestellt werden sollen. Es ist eine ziemlich beträchtliche Summe für diesen Zweck zusammengekommen, und zwar — was ein sehr gutes Zeichen und in Frankreich neu ist — nicht durch die Liberalität einiger wenigen wohlhabenden Genossen, sondern durch Beiträge aus einem größeren Kreise. Es geht jetzt überhaupt mit der Parteiorganisation in Frankreich recht erfreulich vorwärts. Die Einigungsversuche, von denen wir schon wiederholt gesprochen, sind über alles Erwarten erfolgreich, und haben sogar in Paris, wo als Gegengift gegen den Boulangismus der Possibilismus (richtiger: der pseudosozialistische Opportunismus) besonders tiefe Wurzeln gefaßt hatte, sehr gute Aufnahme unter den Arbeitermassen gefunden.

### Amerika.

— Die Redakteure der amerikanischen Arbeiterblätter waren in Newyork versammelt; es wurde beschlossen, eine dauernde Verbindung der Arbeiterpresse zu schaffen und von Zeit zu Zeit Konferenzen abzuhalten. Der Präsident des amerikanischen Gewerkschaftsbundes Gompers trat warm für die Achtstundenbewegung ein, er erklärte die Aussichten für den 1. Mai 1890 für günstig und bemerkte weiter, daß, wenn auch nicht für alle Arbeiter Amerika's an jenem Tage achtstündige Arbeitszeit eingeführt werde, sie doch ganz sicher von verschiedenen Gewerken angenommen werden würde. Der Redner erklärte, es sei die Pflicht der Redakteure, diese Bewegung mit allen Kräften zu fördern, denn sie sei wichtiger, als alle anderen Fragen. Mehrere Delegirte hatten jedoch großen Zweifel an dem Erfolg und wiesen darauf hin, daß die Bewegung 1886 Fiasko gemacht. Gompers wies jedoch diese Ansicht als falsch zurück und meinte, daß durch die 1886er Agitation die Gesammt-Arbeitszeit der amerikanischen Arbeiter jährlich um wenigstens 10 Millionen Stunden reduzirt sei.

## Gewerkschaftliches.

**London**, 14. Nov. Die hiesigen Bäckermeister drohen, deutsche Gesellen kommen zu lassen, weshalb die deutschen Bäcker gewarnt werden, hierher zu kommen. Alle Arbeiterblätter werden gebeten, diese Warnung abzudrucken. John Burns.

**London**, 15. Nov. Es sollen 1300 Bäckermeister den zehnstündigen Arbeitstag bewilligt haben. Zwei Drittel sämmtlicher Bäckergesellen sind dem Streikverband beigetreten.

## Aus Stadt und Land.

**Bant**, 16. Nov. Wir machen nochmals auf die Morgen, Sonntag, Nachmittags 4 Uhr in der „Arche" stattfindende öffentliche Gemeindebürger-Versammlung aufmerksam, in welcher Herr Hug über die Gemeinderathswahlen referiren wird.

**Bant**, 15. Nov. Verboten auf Grund des Sozialistengesetzes wurde das Flugblatt: „Merkbüchlein für die deutschen Reichstagswähler auf das Jahr 1890" durch das Großherzgl. Staatsministerium in Oldenburg. Es ist dies das erste Mal, daß seitens der Oldenburger Behörde ein Verbot auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgt. Von besagtem Flugblatt wurde bei der kürzlich stattgefundenen Haussuchung in unserer Druckerei ein Exemplar beschlagnahmt.

**Bant**, 16. Nov. Infolge mehrfach an uns ergangener Anfrage theilen wir hierdurch mit, daß unseres Wissens ein Verkauf der „Arche" noch nicht stattgefunden hat und die diesbezügliche Notiz im „Wilh. Tagebl." verfrüht ist. Es schweben allerdings seit einiger Zeit Unterhandlungen betreffend Ankauf derselben seitens des Herrn Heilemann in Neubremen, diese haben aber bisher noch zu keinem alle Interessenten befriedigenden Abschluß geführt.

**Bant**, 16. Nov. Der Vorstand des Bürgervereins Bant theilt uns mit, daß auch an der Versammlung am Sonnabend die Mitglieder der Bürgervereine Neubremen und Sedan theilnehmen können.

**Wilhelmshaven**, 16. Nov. Theater im Kaisersaal. Das erste Gastspiel der Solotänzerinnen Frls. Leonhard und Köllisch hatte seine Anziehungskraft bewährt und das Theater am Donnerstag gut gefüllt. Das Rosen'sche Lustspiel „Kanonenfutter" fand recht beifällige Aufnahme. Frl. Dietz als „Constanze" fand Gelegenheit, ihr Talent zur vollen Entfaltung zu bringen und ihr Partner, Herr Direktor de Nolte, stellte einen recht naturgetreuen Journalisten in der Person des „Otto Körner" dar. Frau Wossidlo als „Geheimräthin Blume" hatte keine leichte Aufgabe, wußte sich derselben jedoch glänzend zu entledigen. Frl. Hellner als „Emma" schien nicht in ihrem richtigen Element zu sein. Herr Eckert spielte als „Gutsverwalter Bromberg" recht humorvoll und auch die übrigen Mitspieler, so besonders Herr Hofer als „Joseph", befriedigten vollkommen. Die Ballet-Piecen „Amor und Psyche", „Almeener-Galopp" und „Fantasie-Marsch" brachten den beiden Balletkünstlerinnen wiederholten stürmischen Beifall ein. Auch die gestrige Vorstellung hatte guten Erfolg. Am Sonntag, kommt die Gesangsposse „der Viehändler von Oberösterreich" und „des Sängers Fluch" (lebende Bilder) zur Aufführung. Am Dienstag bietet Herr Direktor de Nolte dem Theaterpublikum eine Novität: „Der Schatten" von Paul Lindau.

**Neubremen**, 16. Nov. Auch der hiesige Bürgerverein beabsichtigte, aus Anlaß der Gemeinderathswahl eine öffentliche Gemeindebürger-Versammlung einzuberufen. Dem Vorstand ist jedoch von dem Wirth Vater, dem Inhaber der „Germaniahalle", die Mittheilung zugegangen, daß er sein Lokal wohl zu Mitgliederversammlungen, nicht aber zu öffentlichen Versammlungen hergebe. In Ermangelung eines anderen geeigneten Lokals in Neubremen ist somit die geplante Gemeindebürgerversammlung unmöglich gemacht worden. Die Gemeindebürger mögen die Nutzanwendung daraus ziehen.

### Marktbericht

vom Sonnabend, den 16. November.

Schweinefleisch per Pfd. 65 Pf., Rindfleisch per Pfd. 55 Pf., Hammelfleisch pr. Pfd. 45 Pf., Kalbfleisch pr. Pfd. 45 Pfg., Kartoffeln 25 Ltr. 70 Pf., Eier per Stiege 1,50 Mk., Butter per Pfd. 1,10 Mk., Weißkohl per Kopf 10 Pfg., Rothkohl per Kopf 20 Pfg., Bohnen pr. Pfd. — Pfg., Aepfel 5 Liter 70 Pfg., Zwiebeln 5 Ltr. 75 Pf., Wurzeln 5 Liter 20 Pfg., Steckrüben Stck. 5 Pf., Mairüben 3 Bd. — Pf., Rettigrüben 3 Bd. — Pfg., Rothe Beeten 3 Bund 20 Pfg., Erbsen 1 Pfund — Pfg., Birnen 5 Liter 80 Pfg., Pflaumen per Pfd. — Pfg., Gänse per Pfd. — Pf., Enten per Stck. 1,60 M., Hühner per Stck. 1,40 Mk., Tauben Paar — Pf., Kücken per Stck. — Mark, Krammetsvögel per Stück 15 Pfg., Rebhühner per Stück 0,85 Mk., Hasen per Stück 3,00 Mark.

## Vermischtes.

— Die Greuel des Krieges wird recht zutreffend geschildert in nachfolgendem vom Leipziger „Wähler" zitirten Gedicht, welches 1866 in den amtlichen „Leipziger Nachrichten" veröffentlicht wurde und welches zugleich einen Beweis liefert, wie früher bürgerliche Blätter schrieben, bevor sie das Rückgrat verloren hatten. Würde das Gedicht heute in einem Arbeiterblatt veröffentlicht, so dürfte sicher ein sozialistengesetzliches Verbot die Folge davon sein. Das Gedicht lautet:

### „Krieg — Krieg."

Als Phorkys einst, des Pontus finst'rer Sohn,
Die Ungeheuer mit der Ceto zeugte,
Vor welchen Jupiter auf seinem Thron
Das bleiche, weggewandte Antlitz beugte,
Die gräßlichen, mit einem Aug' und Zahn,
Den sie gefräßig stets an Knochen wetzen,
Der ew'gen Nacht Gefährt' und Unterthan:
Den blassen „Schreck", den „Schauer", das „Entsetzen",
Da bebte der Olymp in Grau'n und Weh'n,
Als ahne er sein baldig Untergeh'n.

Versunken längst ist jener Göttertraum
Mit seinen wunderbar phantastischen Gestalten;
In Duft zerflossen sie wie eitler Schaum,
Die Ungeheuer haben wir behalten!
Ihr hört von fern des Donners dumpfen Ton,
Allüberall setzt Ihr die Schwerter wetzen,
Das ist „Der Krieg" — der Menschlichkeit zum Hohn,
Gefolgt von „Schreck", von „Schauer" und „Entsetzen!"
Das ist der Krieg, der blutig zieht herein,
Der tausendfache Brudermord des Kain.

Wenn sonst ein einzler Mensch die Augen schließt,
Wie ringen da in treuverwandten Herzen,
Indeß manch' Aug' in Thränen überfließt,
Der Trennung tiefe . . . tiefe Seelenschmerzen.
Der Krieg sä't tausende von Leichen aus,
Was kümmert's ihn, ob Söhne, Väter, Gatten,
Die Länder sind sein großes Leichenhaus,
Triumphe zählt er nach der Zahl der Schatten.
Und wenn daheim der Gram die Herzen bricht,
Die Furie des Krieges . . . sie kümmert's nicht.

Wenn sonst im Zorn die kecke Mörderhand
Des einzelnen den einzelnen geschlagen,
Ergeht ein Schreckensschrei von Land zu Land,
Es trifft der Fluch das frevelhafte Wagen;
Verbrecher ist, wer diese That gethan,
Er büßt die Schandthat mit dem eig'nen Leben.
Nun denn, Ihr Fürsten, sagt mit einmal an,
Wer Euch das Recht zu tausendfachem Mord gegeben?!
Denn wendet's wie Ihr wollt und streitet's fort:
Der Krieg bleibt Frevel, Schmach und Brudermord!

Wenn in des Friedens Zeit ein Räuber naht,
Mit Brand und Plünd'rung and'rer Gut zu rauben,
Ist's eine unerhörte Frevelthat;
Es muß der Räuber an den Galgen glauben!
Und wenn der Krieg die Städte äschert ein?
Wenn er Millionen macht zu Bettelleuten?
Sollt' das nicht auch ein Räuberwesen sein?
Hat es vielleicht was and'res zu bedeuten?
Und wenn's auch Fürsten thun, bleibt's bis zum jüngsten Tag
Ein Frevel doch . . . und ihres Namens Schmach!

Drum Herrscher Ihr, die Ihr mit mächt'ger Hand
Der Völker Glück, der Länder Schicksal lenket,
Europa schreitet auf von Land zu Land,
Es will, daß Ihr Euch ernstlich noch bedenket.
Befleckt die Hand nicht mit dem Bruderblut,
Zertretet nicht der Bildung reichen Segen,
Zerstört nicht Handel, Industrie und Gut,
Den Jammer sä't nicht aus auf allen Wegen!
Denn wendet's wie Ihr wollt und streitet's fort:
Der Krieg bleibt Frevel, Schmach u. Brudermord!

Frankfurt, 11. Mai 1866. Heribert Rau.

### Vereins-Kalender.

„Oeffentliche Gemeindebürger-Versammlung". Sonntag, den 17. Nov., Nachm. 4 Uhr, im Saale des Herrn Hug, „Zur Arche", Bant.

„Verein deutscher Schuhmacher". Montag, den 18. Novbr., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Gose, Kopperhorn.

„Verband deutscher Schneider". Montag, den 18. Novbr., Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hug, „Zur Arche", Bant.

„Oeffentliche Gemeindebürger-Versammlung". Dienstag, den 19. Novbr., Abds. 8 Uhr bei Siems, Sedan.

„Bauhütte", Fachverein der Maurer. Dienstag, den 19. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Hug, „Zur Arche", Bant.

„Fachverein der Bauarbeitsleute". Mittwoch, 20. November, Abends 8 Uhr, Versammlung bei Hug, „zur Arche", Bant.

„Vereinigung der Maler, Lackirer ꝛc.". Donnerstag, den 21. November, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Heilemann, Neubremen.

Oldenburg:

„Fachverein der Schuhmacher". Montag, den 18. Novbr., Abends 8½ Uhr: Versammlung bei Lendermann, Kurwickstraße.

„Fachverein der Glasarbeiter". Mittwoch, den 20. Nov., Abends 6½ Uhr: Versammlung bei Hadeler, Osternburg.

## Bekanntmachung.

Vom **16. bis 23. November**, von des Morgens 9—12 Uhr und Nachmittags von 1—6 Uhr werde in meiner Wohnung die Beiträge zur Armen- und Gemeinde-Kasse Bant für die Zeit von Mai bis November 1889 erheben.

Am **25. November** findet die Hebung in Neubremen bei Herrn **Sierski** zu der oben angegebenen Zeit statt.

Bant, den 12. November 1889.

**Müller,**
Rechnungsführer.


Gegründet 1872.

**Photographische Anstalt**
von
**Roontrasse 77. C. J. Frankforth, Roonstrasse 77.**
Täglich für Aufnahmen geöffnet.
Hält sich bei grosser Preis-Ermässigung bestens empfohlen.

Prämiirt 1. Preis Wilhelmshaven.

Von den so beliebten
**rothen Speise-Kartoffeln**
erhalte in den nächsten Tagen wieder frische Zusendungen. Gefällige Aufträge nehme entgegen und verspreche prompte und reelle Bedienung.
**J. F. Gloystein, Bant.**

Empfehle fertige
**Herren- & Knaben-Garderoben**
— sowie —
**Arbeiter-Bekleidungsstücke**
aller Art. Auch mache ich auf mein großes
**Schuh- & Stiefel-Lager**
ganz besonders aufmerksam.
Preise, wie bekannt, außergewöhnlich billig.
**G. Priet, Bant,**
Oldenburgerstr. 1.

**Rechnungs-Formulare**
in allen Grössen empfiehlt
Buchdruckerei des „Nordd. Volksblattes".


Landesbibliothek Oldenburg

# Oeffentliche Gemeindebürger-Versammlung

**im Saale des Hrn. Paul Hug, „Zur Arche", Belfort,**
**am Sonntag, den 17. November cr., Nachmittags 4 Uhr.**

Tages-Ordnung:

**Die Gemeinderathswahl.** (Referent: Herr Paul Hug.)

Um zahlreiche Betheiligung der Gemeindebürger ersucht

**Der Vorstand des Bürger-Vereins Bant**

---

# Oeffentliche Gemeindebürger-Versammlung

**im Saale des Herrn Siems in Sedan,**
**am Dienstag, den 19. November cr., Abends 8 Uhr.**

Tages-Ordnung: **Die Gemeinderathswahl.** Referent: Herr Paul Hug.

Um zahlreiche Betheiligung der Gemeindebürger ersucht

**Der Vorstand des Bürger-Vereins Bant.**

---

## Bekanntmachung.

Auf Grund der §§ 11 und 12 des Reichsgesetzes vom 21. Oktober 1878 gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ist die im Verlag von R. Stenzel in Bant erschienene Druckschrift mit dem Titel: „**Merkbüchlein für die deutschen Reichstagswähler auf das Jahr 1890**", Druck von F. Kühn in Bant von der unterzeichneten Landespolizeibehörde verboten worden.

Oldenburg, den 13. November 1889.

**Großherzoglich Oldenburgisches Staatsministerium.**
**Departement des Innern.**
Janſen.

---

## Schulacht Neubremen.

**Mittwoch, den 20. November cr.,**
Nachm. von 2—6 Uhr:
**Hebung der Schulumlage**
vom Einkommen pro 1889/90, in meiner Wohnung, Grenzstraße 47.

Neubremen, 14. November 1889.

**Der Schulrechnungsführer.**

---

Ich empfing wiederum
eine große Sendung
**Damen-Winter-Mäntel.**

Ich kann selbige als besonders schön und preiswerth empfehlen.

**B. H. Bührmann,**
Konfektions-Geschäft,
**Wilhelmshaven.**

---

Große Parthie
**Kleider-Stoffe,**
**(doppeltbreit)**
**wirklich gute Waare,**
empfehle, um damit schnell zu räumen, zu 50, 60, 65, 75 u. 80 Pf. pr. Mtr.

**H. C. Tyarks, Belfort,**
**Nordstraße 13.**

---

Empfehle mein
**Kolonial-Waaren-Geschäft.**

| | | |
|---|---|---|
| **Pflaumen** | pr. Pfd. | 15 Pf. |
| **Grüne Erbsen** | „ „ | 14 „ |
| **Gemahl. Raffinade** | „ „ | 35 „ |
| **Zucker in Broden** | „ „ | 36 „ |

Bei Abnahme größerer Quantitäten bedeutend billiger.

Auch empfehle besonders
**sehr schönen gebr. Roggen,**
**das Pfund 20 Pf.**

**G. Heilemann,**
**Neubremen.**

---

Wegen Aufgabe des Confections-Geschäftes
**grosser Ausverkauf**
von **Herren- und Knaben-Garderoben,** als:
Anzüge, Ueberzieher, Jaquettes, Hosen und Westen,
Damen- u. Mädchenpaletots, Regenmäntel u. Jaquettes,
**Arbeiter-Garderoben aller Art.**
**Unterziehzeuge** zu und unter Einkaufspreisen
**nur gegen baar.**

Durch die großartige Auswahl ist Jedem Gelegenheit geboten, billig einkaufen zu können.

**G. PRIET, Oldenburgerstraße,**
**Bant.**

---

Kopperhörn. Volksgarten. Kopperhörn.
Heute Sonntag, den 17. November cr.:
**Grosser öffentlicher Ball**
wozu freundlichst einladet
**H. T. Kuper.**

---

Central-Halle in Belfort.
Heute Sonntag:
**Grosser öffentlicher Ball.**
**Carl Zwingmann.**

---

**An- und Rückkaufs-Geschäft**
— von —
**neuen und getragenen Kleidungsstücken, Teppichen, Uhren, Gold- und Schmuck-Sachen,**
von
**F. Krüger, Belfort,**
**Ankerstraße.**

---

Empfehle:
**Faß- und Flaschen-Bier**
aus der
**Dampfbrauerei von Th. Fetköter in Jever,**
in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
**Feines Lagerbier** 33 Fl. 3 Mk.,
**Bayrisches Gebräu** 27 Fl. 3 Mk.,
**Feines böhmisches Gebräu** 30 Fl. 3 Mark.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
**J. Fangmann,** Bismarckstr. 59, 1 Treppe.

---

**Schöne türkische Pflaumen,**
**das Pfund 20 Pf.,**
sowie
**sehr schöne Emder Voll-Heringe,**
**3 Stück 10 Pf.,**
empfiehlt
**Carl Hapke,**
Tonndeich.

---

**Gasthof Sedan.**
**Heute Sonntag:**
**Grosser öffentl. BALL**
dazu ladet ergebenst ein
**F. Krause.**

---

**Hôtel „Zum Banter Schlüssel".**
**Heute Sonntag:**
**Grosser öffentlicher BALL.**
(Tanz-Abonnement gestattet.)
**D. Lühken.**

---

**Das Möbel-Lager**
von
**G. Priet, Bant,**
empfiehlt sich bestens bei guter Arbeit und billigster Preisstellung.
**Fertige Betten, Bettfedern und Daunen**
stets vorräthig. Abschlagszahlung gestattet.
**G. Priet,** Oldenburgerstr. 1, **Bant.**

---

**Logis**
für 1 oder 2 junge Herren.
Bismarckstraße 22.

---

**Zu vermiethen**
zum 1. November mehrere geräumige freundliche Familienwohnungen mit Keller und Bodenraum.
**H. Lückener,** Bant,
Adolph- und Annenstraßen-Ecke.

---

**Theater in Wilhelmshaven.**
Sonntag, den 17. November:
**Die Viehhändler von Oberösterreich.**
**Des Sängers Fluch.**
(Lebende Bilder.

Dienstag, den 19. November:
**Sensations-Novität I. Ranges.**
**Der Schatten.**

---

Ich empfing wiederum eine große Sendung
**besserer**
**Herren-Anzüge**
und
**elegante Paletots.**

**B. H. Bührmann,**
Konfektions-Geschäft,
**Wilhelmshaven.**

---

Empfange in den nächsten Tagen mehrere Waggons
**rothe Brandenburger und weiße Jaderberger**
**Moor- und Sand-Kartoffeln,**
**(prima Qualität)**
und gebe dieselben zu billigen Preisen ab, Um Bestellungen pünktlich auszuführen, bitte dieselben rechtzeitig zu machen.

**H. Lückener, Bant,**
Adolf- und Annenstr.-Ecke.

Bringe auch mein Brennmaterialien-Geschäft in gütige Erinnerung. Für gute und reelle Bedienung werde ich stets Sorge tragen. D. O.

---

**Eine große**
**Parthie Unterzeuge**
sollen billig verkauft werden.
**H. C. Tyarks,**
Belfort, Nordstr. 13.

---

**Die Bier-Niederlage**
von
**G. Endelmann**
**Königstraße Nr. 47,**
empfiehlt
**Fass- und Flaschenbier**
aus der Brauerei von Th. Fetköter in Jever,
33 Flaschen 3 Mark.
**Dortmunder Aktienbier,** 20 Fl. 3 Mk.
**Bayrisch Bier** aus der Brauerei von Franz Erich, Erlangen, 20 Fl. 3 Mk.
Selterswasser eigener Fabrik.
Harzer Königsbrunnen.
***Wiederverkäufern Rabatt.***

---

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag von F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven. **Hierzu eine Beilage.**

Landesbibliothek Oldenburg

# Beilage zu Nr. 235 des „Norddeutschen Volksblattes“.

**Sonntag, den 17. November 1889.**


## Deutscher Reichstag.

14. Sitzung vom 13. November.

Am Bundesrathstische Minister v. Bötticher.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Fortsetzung der Berathung des Antrags Rickert und Dr. Hermes, betreffend die behördlichen Verstöße gegen die für die Zeit der Wahlbewegung erlassenen gesetzlichen Bestimmungen. Hierzu liegt vor der Antrag Müller (Marienwerder) auf motivirte Tagesordnung. Die Motivirung besagt im Wesentlichen, daß begangene Verstöße ihre Remedur gefunden hätten resp. gerügt seien und daß die Verpflichtung der Beamten zur Innehaltung der gesetzlichen Vorschriften selbstverständlich sei. Die Verhandlungen hatten am Montag abgebrochen werden müssen, da aus Anlaß eines auf Schluß der Debatte gestellten Antrages die Beschlußunfähigkeit des Hauses konstatirt wurde. Dieser Antrag auf Schluß der Debatte ist, wie der Präsident heute verkündigt, inzwischen zurückgezogen worden. Das Wort nimmt

Abg. Marquardsen (ntlib.), (Vorsitzender der Wahlprüfungskommission). Derselbe legt das Verfahren bei den Wahlprüfungen innerhalb der Kommission klar. Die erste Aufgabe derselben sei die Wahlprüfung für das Plenum vorzubereiten. Er führt dann fort: Materiell bin ich mit dem Antrage Rickert einverstanden, auch gegen die Form habe ich wenig auszusetzen, bin aber nach den Ergebnissen der Wahlprüfungen in der Kommission der Meinung, daß man dem Thatbestande auch durch Annahme der motivirten Tagesordnung, wie sie der Abg. Müller beantragt, gerecht wird, zumal auch dieser Antrag Müller einen gewissen Tadel in sich schließt, denn wenn in dem Müller'schen Antrage gesagt ist, es sei selbstverständlich, daß die Beamten die gesetzlichen Vorschriften innehalten müssen, so ist das so stark ausgedrückt, daß es eines Mehr nicht bedarf. Ich empfehle daher den Antrag Müller zur Annahme.

Abg. Rickert wendet sich in scharfer Weise gegen die Ausführungen des Vorredners. Wenn er materiell mit und einverstanden war, wozu dann die Brandrede seines Nachbarn von sozialdemokratischer Verschwörerschaft? Er, der Vorsitzende der Wahlprüfungskommission, war seiner Zeit besser über alle die einschlägigen Vorkommnisse informirt als ein Anderer, und damals hat er erklärt, materiell habe er nichts gegen unsern Antrag. Heute zieht er sich einfach hinter die Linie zurück. Freilich, wer leugnen will, daß Ungehörigkeiten bei der Wahl vorgekommen sind, der weiß nichts von dem, was im Lande vorgeht. Diese Thatsachen sind klarer als die Sonne, und wenn auch zehn Müller dagegen sprechen. Die Leute im Lande wissen darüber ebenso gut Bescheid wie die Hausfrauen von der Vertheuerung der Lebensmittel. Ich bin zufrieden mit dem Resultate der Verhandlung. Besonders war mir wertvoll die Interpretation des § 9 des Sozialistengesetzes seitens der Herren. Es ist gut, wenn die Wähler wissen, wie es eigentlich mit der Handhabung des Sozialistengesetzes steht. Herr Fieser hat gegen uns die Unterstellung gemacht, wir bezweckten nichts weiter als die Unterstützung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zu finden. Dem Herrn Fieser muß ein freies Wort sehr leicht in die Glieder fahren, sonst hätte er nicht für die Beschränkung der Redefreiheit auf der Rednertribüne des Reichstages gesprochen. Der Herr und seine Fraktionsgenossen sehnen sich nach einem Maulkorbgesetz, gut, daß dies das Land erfährt. Ich habe von der Preßwirthschaft in Baden gesprochen und vor allen Dingen damit das Amtsverkündigersystem gemeint, eine Verbindung von politischer Presse und offiziellem Annoncenwesen, derart, daß unsere Kreisblätterwirthschaft Gold dagegen ist. Dieses Amtsverkündigerwesen ist eine Täuschung der öffentlichen Meinung und unbegreiflich ist mir, wie sich ein System in einem sogenannten doch liberalen Lande, bei einer liberalen Kammermajorität und einem liberalen Ministerium so lange hat halten können. Redner kritisirt hierauf in scharfer Weise die vorgekommenen Unregelmäßigkeiten bei früheren Wahlen und Beschlüssen der Wahlprüfungskommission. Es ist vorgekommen, daß ein Amtsvorsteher (in Kotthus) eine Verfügung erlassen, worin bei 50 Mark Strafe verboten wurde, Stimmzettel ohne Erlaubniß zu vertheilen. In allen den Fällen waren die Wahlverstöße im Sinne unseres Antrages wohl erheblich, überall kamen Auflösungen von Versammlungen, Beschlagnahmen von Stimmzetteln und andere haarsträubende Wahlverstöße vor. (Auf rechts: Schauderhaft!) Sie (nach rechts) haben allerdings kein Gefühl dafür, sonst würden Sie nicht versuchen, mit solchen ironischen Zwischenrufen darüber hinwegzugehen. Es ist doch Pflicht des Reichstages, Alles zu thun, um derartige Dinge für die Zukunft zu vermeiden. Der badische Bevollmächtigte v. Marschall hat versucht, das Vorgehen der dortigen Behörden zu rechtfertigen, mit welchem Glück haben wir ja gesehen.

Badischer Bevollmächtigter v. Marschall: Die Beschwerden würden einen tieferen Eindruck gemacht haben, wenn der Vorredner anstatt allgemeiner Klagen konkrete Thatsachen angeführt hätte. Ich kann von meinen vorgestrigen Ausführungen nichts zurücknehmen. Ich bleibe dabei bestehen, daß das Verbot der Versammlung, in welcher der sozialdemokratische Agitator Geck sprechen sollte, durchaus gerechtfertigt war und berufe mich dabei auf die Verhandlungen, die hier im Hause im Jahre 1878 über § 9 des Sozialistengesetzes gepflogen sind. Seine Beschwerden über die badische Mißwirthschaft hat er heute etwas modifizirt, im Wesentlichen hat er nur wiederholt, was schon in der Muser'schen Broschüre behauptet worden war. Die Freiheit der Presse soll danach in Baden ganz illusorisch gemacht sein; nur um nicht den Verdacht aufkommen zu lassen, als ob die Anklage, die Herr Muser in dieser Beziehung erhoben hat, berechtigt ist, will ich auf einige Punkte derselben eingehen. Redner verliest aus einigen der verbotenen Zeitungsblätter und Flugschriften einige Stellen und sucht den Nachweis zu führen, daß die Unterdrückung dieser Druckschriften nach den Bestimmungen des Sozialistengesetzes durchaus gerechtfertigt sei. In all diesen Druckschriften sei der letzte Zweck der, die besitzlosen Klassen aufzurufen gegen die besitzenden und in ihnen die Vorstellung zu erwecken, als ob sie völlig rechtlos dastünden. Die badischen Behörden verdienen alle Anerkennung, wenn sie diesen Vorgängen ernste Aufmerksamkeit zuwenden. In dem „Südwestdeutschen Volksblatt“ des Herrn Geck ist sogar der Versuch gemacht worden, die Soldaten zum Treubruch zu verleiten. Bei Gelegenheit der Einquartierung erschien ein Artikel, in dem den sozialdemokratischen Quartiergebern der Rath gegeben wurde, daheim beim Glase Bier den Soldaten sozialistische Schriften vorzulegen und sie zur sozialistischen Lehre zu bekehren zu suchen. Wenn auch nicht zu erwarten ist, daß bei dem Geist, der in unserer Armee herrscht, derartige Rathschläge irgend welche praktische Folgen haben könnten, so ist es doch die Pflicht der Behörden, auch derartigen Versuchen entgegenzutreten. Wenn die Sozialdemokraten Angesichts solcher Vorgänge über die Verkümmerung der Preßfreiheit klagen, so wird das begreiflich erscheinen. Die Herren klagen dann am lautesten über Unrecht, wenn sie sich ihres eigenen Unrechts bewußt sind. Wenn aber auch Herr Rickert sich hier zum Anwalt solcher Klagen und Beschwerden macht, so möchte ich ihn doch ersuchen, sich auf bessere Beweise zu stützen. Nach der harten Kritik, die von ihm speziell an den badischen Zuständen ausgeübt worden ist, werden wir wohl darauf verzichten müssen, den bedeutenden Mann jemals auf unserer Seite finden zu können. Das ist ein hartes Schicksal aber wir werden es mit Geduld zu tragen wissen.

Abg. Hegel (kons.): Wir können Herrn Rickert nicht zugestehen, daß er uns irgend welche Vorschriften über unsere Aufgabe, als Volksvertreter zu machen habe. Wenn die Parteien und namentlich die Oppositionsparteien das Recht für sich in Anspruch nehmen, die Wähler über das aufzuklären, worum es sich handelt, warum soll dann die Regierung nicht auch für sich dies Recht in Anspruch nehmen? Der Antrag Rickert wäre ein Mißtrauensvotum gegen die Regierungen, das wir ablehnen müssen.

Abg. Müller: Der Reichstag hat sich, da er nicht über Grundsätze abstimmt, für die von mir vertretene Auffassung des Sozialistengesetzes ausgesprochen, als er die von den Antragstellern angefochtenen Wahlen für gültig erklärt hat. In Betreff der Vorgänge in Baden und der Muser'schen Broschüre ist Herr Rickert schon von dem Bundesrathsbevollmächtigten Herrn v. Marschall abgeführt worden. (Heiterkeit links.) (Der Präsident erklärt diesen Ausdruck einem Mitgliede des Hauses gegenüber für unzulässig.) Das vom Abg. Rickert verlangte Ersuchen an den Bundesrath, ein Ersuch um etwas Selbstverständliches ist ein Mißtrauensvotum und eine Kränkung für die Regierungen. Wenn Jemand an Herrn Rickert das Ersuchen stellen wollte, logisch und vernünftig zu sprechen (große Heiterkeit), so würde er das als eine Impertinenz bezeichnen. Den Beamten gegenüber liegt in dem Rickert'schen Antrage und in der Begründung desselben eine unerhörte Insinuation. In Bezug auf die vom Abg. Rickert angeführten Einzelheiten ist die Darstellung eine unrichtige. Wenn z. B. aus dem Wahlkreise Sagan-Sprottau Erlaubnißscheine für die Vertheilung von Stimmzetteln vorgelegt worden sind, so ist das nur ein Beweis, daß die betreffenden Amtsvorsteher sich in einer falschen Auffassung befunden haben. Nicht beweisen dieselben dagegen, daß ein tendenziöses Vorgehen zu Ungunsten der Liberalen vorgelegen hat, und das ist doch die Hauptsache. Aehnliche Versehen sind auch anderweit vorgekommen, doch stets rektifizirt worden. Ein Grund zu solchem Antrage, wie ihn der Abgeordnete Rickert gestellt hat, ist zu dem Material nicht beigebracht worden.

Präsident v. Levetzow: Der Herr Vorredner hat vorhin gesagt, wenn jemand Herrn Rickert auffordern wollte, logisch zu reden, würde Herr Rickert das als Impertinenz auffassen. Meine Herren, ich glaube, man kann sich hier nicht nur an den Wortlaut halten, sondern muß auch den Sinn der Aeußerung in Betracht ziehen, und da kann ich die von dem Herrn Vorredner gebrauchte Wendung nur für parlamentarisch unzulässig halten.

Abg. Müller bemerkt hierzu, seine Aeußerung sei nicht so gemeint, wie der Herr Präsident anzunehmen scheine.

Abg. Singer: Der Herr Bevollmächtigte für Baden hat nicht die Spur eines Beweises für die Dinge erbracht, die er behauptet hat. Er führte an, daß das „Südwestdeutsche Volksblatt“ wegen eines Artikels über die Muersche Broschüre verboten sei. Man sollte doch von Jemand, der eine große Partei des Landes beschimpft —

Präsident v. Levetzow: Hier in diesem Hause beschimpft Niemand etwas.

Abg. Singer: Der Artikel ist nur ein Abdruck aus Berliner Blättern gewesen, in denen derselbe unbeanstandet erschienen war. In demselben war auch nicht eine Spur von Bestrebungen, die unter das Sozialistengesetz fallen. Die Reichskommission hat das Verbot auch wieder aufgehoben, was ja nicht selten ist. In keinem Lande werden so viele Verbote aufgehoben, wie in Baden. Die übrige Arbeiterpresse, in welche der Artikel übergegangen ist, ist nicht verboten worden. Die Auffassung in der Muerschen Broschüre entspricht auch den Thatsachen. In dem Verfasser derselben lebt noch das alte juristische Gefühl, von dem unser Richterstand vor dem Sozialistengesetz beseelt war. Muser will nicht Verbote von Zeitungen und Vereinen, nicht Ausweisungen von Personen auf Grund einer Tendenz, sondern nur von Thatsachen, die einen berechtigten Grund dafür abgeben. Darin liegt das Verdienst der Broschüre. Was die Einquartierungen betrifft, so hätte der Bevollmächtigte für Baden richtiger darüber referiren können. Den Gastwirthen, deren Geschäft man vorher durch das Verbot für die Soldaten, in denselben zu verkehren, fast ruinirt hat, wurde doch die Last der Einquartierung auferlegt. Ist es da nicht erklärlich, wenn die sozialdemokratische Presse fragte, wie das stimmen könne, und selbst auf die Gefahr des Verkehrs der einquartierten Soldaten mit den Sozialdemokraten in diesen Gastwirthschaften hinwies? Daß die Sozialdemokraten die Armee zum Treubruch verleiten wollen, hat der Bevollmächtigte für Baden nicht nachgewiesen. Auch der Nachweis, daß gegenüber Herrn Geck das Sozialistengesetz zur Anwendung gebracht werden mußte, ist Herrn von Marschall nicht gelungen. Ich habe nicht gesagt, daß der mecklenburgische Erlaß aus Anlaß der letzten Ersatzwahl entstanden, sondern nur, daß er dadurch in Funktion getreten ist. Auf die Beschwerde ist nur die Widerrechtlichkeit der Verhaftung ausgesprochen, die strafrechtliche Verfolgung des Amtsverwalters v. Oertzen aber abgelehnt worden. Ich selbst habe die Ueberzeugung, daß Herr v. Oertzen der Widerrechtlichkeit seines Erlasses sich bewußt war. Die Wähler gerathen hierbei in eine Zwickmühle, strafrechtlich wird der Betreffende nicht verfolgt, und das Disziplinarverfahren wird abgelehnt, weil er strafrechtlich nicht verfolgt werden kann. Das Vertrauen in den Reichsstaat geht dabei vollständig in die Brüche. Aus den Ausstellungen des Abgeordneten Müller gegen mich geht hervor, daß er und seine Partei alles, was gegen meine Partei geht, nicht unter die Rubrik der Wahlbeeinflussungen stellt. Ein objektives Urtheil ist bei Ihnen eben ganz und gar unmöglich. Der vorliegende Antrag ist aber an eine Adresse gerichtet, die pflichtmäßig das Wahlrecht zu schützen hat. Dadurch, daß sich alle Verhandlungen hier im Reichstag zu einer Verurtheilung der sozialdemokratischen Partei zuspitzen, erkennen Sie nur die Wichtigkeit unserer Partei an. Weil Sie gegenwärtig über die Majorität verfügen, haben Sie nicht das Recht, derartig gegen uns vorzugehen. Aus den nächsten Wahlen, bei denen die Sozialdemokratie mit oder ohne Amtsverwalter-Erlasse ihre Stimmenzahl und Sitze vermehren wird, werden Sie nicht mit Ruhm bedeckt hervorgehen. Spielen Sie doch nicht gar zu sehr mit der Macht, die Sie jetzt in Händen haben, und lassen Sie sich bisweilen auch ein klein wenig von dem Rechtsgedanken leiten!

Damit schließt die Diskussion.

Abg. Rickert führt im Schlußwort aus: Herr von Marschall wirft mir vor, ich hätte mich auf die Muersche Broschüre gestützt. Ich habe im Gegentheil die badische Preßwirthschaft auf das Institut der Amtsverkündiger zurückgeführt, und darüber, als eine innere badische Angelegenheit, lehnt Herr v. Marschall die Erörterung ab. Dann möge er mich in Frieden lassen. Ich habe mich nur dagegen ausgesprochen, daß man in Baden den § 9 des Sozialistengesetzes in so gesetzwidriger Weise auslegt, und ich wundere mich, daß diese Auslegung hier noch vom Bundesrathstisch Vertheidigung findet. Ueberhaupt ist seit dem Jahre 1878 in Bezug auf reaktionäre Anschauungen eine ganz kolossale Wandlung eingetreten, das Rechtsgefühl ist durch die Handhabung des Sozialistengesetzes vollkommen abgestumpft.

Unter Beifall von links und Lärm rechts verläßt Abg. Rickert die Tribüne. Der Antrag Rickert wird abgelehnt und derjenige des Abg. Müller angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag.

15. Sitzung vom 14. November.

Zweite Lesung des Etats.

Bei dem Kapitel „Rechnungshof“ setzt Richter auseinander, daß die Einrichtung des Rechnungshofes längst veraltet sei und kündigt einen Antrag auf Vorlegung eines Gesetzes über die Verwaltung der Einnahmen und Ausgaben des Reiches an, um eine besondere Rechnungsverwaltung einzuführen.

Abg. Benda giebt Richter sachlich Recht, hält aber den Antrag gegenwärtig für inopportun.

Staatssekretär v. Maltzahn stellt Richter anheim, ein Gesetz selbst einzubringen; auf ihrer früheren Auffassung bezüglich eines Rechnungsgesetzes bleibe die Regierung stehen.

Abg. v. Helldorf schließt sich dieser Ansicht an.

Nach längerer Debatte wird der Antrag Richter der Rechnungskommission überwiesen.

Abg. Frohme kommt nochmals auf die Berichte der Fabrikinspektoren zurück und fordert den Minister Bötticher auf, zu entscheiden, welche Bestrebungen der Arbeiter berechtigt und welche unberechtigt seien. Ein Urtheil wie das des Herrn Staatssekretärs ist sehr ernst zu nehmen, weil die Behörden im Lande nur zu sehr geneigt sind, sich danach zu richten. Ich frage nun den Herrn Staatssekretär, wo liegt die Grenze zwischen berechtigten Bestrebungen der Arbeiterkoalitionen und den sogenannten umstürzlerischen, zu verhindernden Bestrebungen, welche die Fabrikinspektoren gerügt haben? Wenn der Staatssekretär mit den Fabrikinspektoren überzeugt ist, daß es sich bei der Lohnbewegung der Arbeiter in der Hauptsache vielfach um die Erregung von Unzufriedenheit, um das Verfolgen agitatorischer Zwecke zu Gunsten der Sozialdemokratie handle, so muß er im Stande sein, die Beweise dafür zu erbringen. Ich sage, die sozialdemokratischen Bestrebungen haben an sich mit der Lohnbewegung, mit den Streiks gar nichts zu thun. In erster Linie ist der Arbeiter Mensch und als solcher den Gesetzen der herrschenden Oekonomie, aller Fährlichkeiten der modernen Produktionsweise unterworfen, und als Arbeiter nicht als Sozialdemokrat hat er dagegen zu kämpfen. Die Forderungen der Sozialdemokratie gehen weit über das hinaus, was durch die Streiks erreicht werden kann. Ich weise es entschieden zurück, die Streiks mit den Bestrebungen der Sozialdemokraten irgendwie zu indentifiziren. Der amerikanische Arbeitskommissar in Newyork denkt über die Streiks ganz anders als unsere Gewerberäthe. Es müsse ein großes und starkes Motiv sein, das einen Mann bewegen könne, die Arbeit einzustellen und sich selbst allen Erwerbes zu berauben. Selbst wenn er eine Unterstützung erhalte, so sei das nur eine Hülfe, nicht ein Lohn für seine Bedürfnisse. Die Streiks hätten geholfen, die Löhne zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen und überhaupt die Lage der Menschen zu verbessern. Diese objektive und unparteiische Beurtheilung der Streiks fällt gegenüber den Berichten unserer Fabrikinspektoren sehr vortheilhaft auf. So spricht z. B. der Fabrikinspektor des Hamburger Aufsichtsbezirkes von „vermeintlichen“ Beschwerden in den Arbeiterversammlungen und Fachvereinen. Andererseits sucht man die Gutachten der Handelskammern und Berufsgenossenschaften für die Aufsichtsbeamten zu erlangen, als wenn diese brauchbarer wären als die Urtheile der Fachvereine. Der Staatssekretär hat meine Ausführungen über das Trucksystem angegriffen. In dem von ihm zitirten Bericht heißt es, es seien nur vereinzelte Fälle der Anwendung des Truckystems wahrgenommen worden. Drei ganze Fälle werden angeführt! Nun beweist aber die neueste amtliche Justizstatistik für 1888, daß ungefähr 150 Fälle von strafbarem Truckunfug vorgekommen sind. Haben die Fabrikinspektoren die übrigen 147 Fälle nicht „wahrgenommen“? Auch in anderer Beziehung lassen die Berichte der Fabrikinspektoren Objektivität vermissen. Ich gebe zu, daß eine ganze Anzahl von Wohlfahrtseinrichtungen verdienstlich ist, wenn sie nicht gebraucht werden, um den Arbeiter in eine um so größere Abhängigkeit von dem Unternehmer zu bringen. Leider ist dies sehr vielfach bei den Arbeiterwohnungen der Fall. In Nienburg wurden die Arbeiter quasi aus ihren Wohnungen hinausgeworfen, nachdem ihr Arbeitsvertrag sich infolge des Umstandes geendigt hatte, daß sie einen Fachverein gründen wollten. Eine Erwähnung dieser und ähnlicher Thatsachen würde sich in den Berichten wohl verlohnen.

Minister Bötticher: Er sei kein Feind berechtigter Lohnkämpfe und Streiks, die Koalitionsfreiheit werde aber auch zur sozialdemokratischen Propaganda mißbraucht.

Abg. Baumbach: Dem Abg. Frohme kann ich nur darin beistimmen, daß die Fabrikinspektoren keinen erschöpfenden Einblick in die Verhältnisse gewinnen können. Andererseits hat der Herr Staatssekretär recht, daß das Truckystem hauptsächlich in der Hausindustrie zur Anwendung kommt und daß der Fabrikinspektor davon im wesentlichen keine Kenntniß hat. Die Berichte der Fabrikinspektoren befassen sich viel mit der Frage der Lohnzahlung. Hierbei wäre auch die Frage des „blauen Montags“ zu streifen. Zahlt man aber vielleicht am Freitag den Lohn, so würde man eventuell einen blauen Sonnabend haben. Auch die Lohnzahlung etwa an die „bessere Hälfte“ des Arbeiters hat ihre Nachtheile. Ich stimme jedenfalls dem badischen Fabrikinspektor bei, wenn derselbe meint, diese Frage ließe sich nicht gesetzlich regeln, sondern hier könnten nur die Arbeitgeber helfen durch ihre Humanität. In dieser Beziehung könnten vielleicht auch die von dem Herrn Dechelhäuser vorgeschlagenen Arbeiterausschüsse viel Segen stiften. Ich komme jetzt auf den von mir eingebrachten Antrag. Die jugendlichen Arbeiter haben in letzter Zeit an Zahl ungeheuer zugenommen, von 155,000 auf 194,000 in den beiden letzten Jahren. Besonders ist das in Sachsen wahrzunehmen, und ich will hier nur hinzufügen, daß die gestern von Herrn v. Frege so gerühmten guten Beziehungen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern dadurch eine schlimme Beleuchtung finden, daß die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in Sachsen von 1871—1878 sich versünffacht hat. Hierzu kommt noch die große Zahl derjenigen Arbeiter, welche noch nicht stimmberechtigt sind, so daß die Zahl der Sozialdemokraten in Sachsen wohl noch beträchtlich höher veranschlagt werden muß. Gerade gegenüber dem Wachsen der Anzahl der jugendlichen Arbeiter in Fabriken frage ich die Regierung, ob auf dem Gebiete der Kinderarbeit nicht weitere gesetzliche Schritte nöthig sind und namentlich, ob nicht der Aufenthalt der Kinder in Fabriken überhaupt zu verbieten ist. Ich brauche wohl meinen Antrag auf die gesetzliche Regelung der Kinderarbeit in Fabriken nicht weiter zu empfehlen. Ebenso nöthig erscheint mir die gesetzliche Regelung der Frauenarbeit und der ganze Reichstag ist mit mir derselben Meinung, so daß hierin wohl für die Regierung ein Anlaß liegen sollte, mit Gesetzesvorschlägen nach dieser Richtung energisch vorzugehen. Ist doch aus den Berichten des Fabrikinspektors in Sachsen zu ersehen, daß in Sachsen Arbeiterinnen häufig in Fabriken übernachten. Sie schlafen zu zweien in einem Bette und kommen nur Sonnabends nach Hause. In den Berichten wird jetzt gar schon gelobt, daß die Ziegelarbeiterinnen bis an die Knie bekleidet sein müssen, das gestattet einen bösen Schluß auf die früheren Zustände. Wenn Herr v. Stumm in unserem Antrage auch die Sonntagsruhe einbezogen wissen will, so ist das für uns annehmbar, aber diese Frage ist nicht so nöthig und dringend, wie die Regelung der Kinder- und Frauenarbeit. Wir haben in unserem Antrage den Normalarbeittag nicht erwähnt, nicht etwa, wie Herr Kühn-Breslau in einer Wahlversammlung neulich sagte, weil wir zu wenig Interesse für den Arbeiter haben. Wenn das die ganze Arbeiterfreundlichkeit ist, daß man blos für den Normalarbeittag stimmt, wobei man überdies den Regierungen Vollmacht geben muß, Ueberstunden zu bewilligen, so ist die Arbeiterfreundlichkeit sehr billig. Will man hier etwas Ersprießliches schaffen, so muß man die verschiedenen Arbeiterkategorien von einander trennen. Durch das freie Koalitionsrecht, das ich den Arbeitern ungeschmälert belassen wissen will, und durch die ultima ratio, den Streik, können die Arbeiter alles erreichen, was billigerweise zu erreichen ist. Mich hat es peinlich berührt, wahrzunehmen, wie die Fabrikinspektoren immer untersuchen, ob bei den Streiks auch die Sozialdemokraten betheiligt sind. Darauf, ob die Forderungen der Arbeiter gerechtfertigt sind, sollten die Streiks untersucht werden. Was sollen diese Untersuchungen, wenn es richtig ist, was hier beständig versichert wird, daß man nicht die Sozialdemokratie als solche, sondern lediglich die Umsturzbestrebungen derselben bekämpfen wolle? Bei dem Streik der Kohlenarbeiter haben wir die gleiche Beobachtung machen können. Auf das peinlichste wurde untersucht, ob die Führer des Streiks sozialistischer Gesinnungen verdächtig wären. Bei dem einen wollte man sie darin finden, daß er seine Tochter „Lassalline“ getauft habe, im Hause wird das Kind „Maria“ gerufen; trotzdem ist es klar, daß dieser Streik keinen

Landesbibliothek Oldenburg

sozialistischen Charakter getragen hat. Daß er lediglich der Verbesserung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter gegolten hat. Ich bin weit entfernt, den Streik zu empfehlen, er ist ein Unglück wie der Krieg, aber zu verbieten ist er nicht und die Arbeitgeber haben gegen denselben einen mächtigen Bundesgenossen in dem Hunger. Wenn jetzt die Forderung aufgestellt ist, durch eine Bestrafung des Kontraktbruches und durch eine Einschränkung des Koalitionsrechtes auf die Beseitigung der Streiks hinzuwirken, so müssen wir uns gegen diese Maßnahmen erklären. Redner schließt mit einer Anfrage an den Staatssekretär, wie es mit der gesetzlichen Regelung der Frage der Gewerbeschiedsgerichte stehe.

Staatssekretär v. Bötticher: Eine Vorlage betr. Gewerbeschiedsgerichte sei ausgearbeitet, dürfte aber schwerlich noch in dieser Session an den Reichstag gelangen. Betreffs der ablehnenden Haltung der Regierung gegenüber der Arbeiterschutzgesetzgebung habe er die Gründe bereits mehrfach angegeben. Die Absicht, die Koalitionsfreiheit zu beschränken, bestehe nicht, ebensowenig die, den Kontraktbruch zu bestrafen. Die Zunahme der Kinderarbeit bedauere er. Dagegen freue ihm die Zunahme der jugendlichen Arbeiter als ein Zeichen industriellen Aufschwungs.

Abg. Stumm bezweifelt, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung gute Früchte für die Arbeiter tragen würde, stimmt aber der von Baumbach beantragten Resolution auf Vorlegung eines Arbeiterschutzgesetzes bei.

Abg Oechelhäuser erklärt sich für die Baumbach'sche Resolution; ein solcher Gesetzentwurf könne nur von der Regierung ausgehen.

Abg. Frege polemisirt zwar gegen Baumbachs Ausführungen, erklärt aber, daß die Konservativen für den Antrag stimmen würden.

Minister Bötticher: Die bekannten Streiks des letzten Jahres hätten mit Lohnfragen zusammengehangen und nicht mit Dingen, auf welche sich die sogenannte Arbeiterschutzgesetzgebung beziehe.

Morgen Fortsetzung.

16. Sitzung vom 15. November.

Die Statsberathung, Reichsamt des Innern, wird fortgesetzt.

Abg. Schmidt (Elberfeld): Die Wirksamkeit der Fabrikinspektoren sei zu formal, ihre Zahl zu gering. Sie hätten zu wenig Kenntnisse aller praktischen Verhältnisse. Der Bergarbeiterstreik hätte sich nicht nur um die Lohnfrage, sondern auch um die Ausbeutung der körperlichen Kräfte der Arbeiter gedreht, gegen welche der Reichstag Schutzgesetze fordere. Die volle Verantwortung für die jetzigen Zustände falle auf die Regierungen.

Sächsischer Bevollmächtigter v. Hohenthal rechtfertigte die verständige Thätigkeit der sächsischen Fabrikinspektoren.

Abg. Frohme wendet sich gegen die gestrigen Aeußerungen Bötticher's. Es hätten in der Lohnbewegung keine unberechtigten Bestrebungen der Arbeiter stattgefunden.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, ein Gesetzentwurf über Schiedsgerichte sei dem Bundesrath zugegangen. Die Kinderarbeit sei für viele arme Eltern unentbehrlich; die meisten Streiks seien für die Arbeiter erfolglos; er rufe den Arbeitern zu: Streikt, aber streikt vernünftig.

Abg. Kropatschek: Am Wachsen der Sozialdemokratie seien vielfach die Besitzenden schuld; diese müßten anfangen, sich zu bessern, die Konservativen bemühten sich seit Jahren um das Wohl der Arbeiter.

Abg. Windthorst: Das Koalitionsrecht könne unter keinen Umständen angetastet werden. Die Arbeiterschutzgesetzgebung sei nothwendiger als alle Schiffsbauten. Gegen die anziehenden Gefahren seien die Regierungen blind.

Abg. Schmidt (Elberfeld): Die Konservativen sollten, wenn es ihnen ernst wäre, erklären: Wir bewilligen das Sozialistengesetz nicht eher, als bis der Arbeiterschutz bewilligt ist.

An der weiteren sehr ausgedehnten Debatte betheiligten sich noch Schuckmann, v. Bötticher, Hegel, Kulemann, Dr. Meyer, Kalle und Schrader. Letzterer wünscht, daß die Regierung der Frage der Arbeiterwohnungen etwa durch eine Bauordnung näher trete.

Ueber die Resolution Baumbach wird erst in dritter Lesung abgestimmt werden.

Der Präsident schlägt vor, morgen keine Sitzung zu halten.

Abg. Windthorst verlangt eine Sitzung, um die Anträge auf Arbeiterschutz zu berathen, begnügt sich aber, als ihm gesagt wird, daß es an einem Tage der nächsten Woche geschehen soll.

Montag Etat.

## Korrespondenzen.

**Lübeck,** 10. November. Die Leser werden sich vielleicht daran erinnern, daß in meiner letzten Korrespondenz die löbliche Ermahnung enthalten war, Lübecks Reichstagswähler möchten noch hundert Jahre lang alle fünf Jahre für einen Kartellbruder stimmen, weil sie dann während dieser ganzen schönen Zeit sich beständig an der süßen Hoffnung ergötzen könnten, Preußen werde zum Lohn für die lübsche Bravheit „etwas für den Elb-Trave-Kanal thun", vielleicht gar sich zu dem Heldenmuth aufraffen, seinem Rathe, Lübeck möge die Erlaubniß Schwerins zur Benutzung des Schallfees erwerben — dieser Rath ist bekanntlich die kostbare Belohnung für die „Reichstreue" bei den Faschingswahlen von 1887 gewesen — die kolossale That einer wenigstens formellen Befürwortung dieser bescheidenen Bitte hinzuzufügen — natürlich ohne irgend welchen unbescheidenen Druck auf die Schweriner Regierung zu üben! Denn so ein lästig fallender Druck, vom großen Bruder geübt auf den kleinen Bruder, wäre in der That gar nicht „bundesfreundlich", und zu einem bundesfreundlichen „Drücken" läßt „Preußen" sich niemals herbei! Jamais! Davon weiß z. B. Hamburg in der Zollanschlußgelegenheit ein hübsches Liedlein zu singen. Also, um auf unsere Hämmel — will sagen Lübecks wohlgesinnte Reichstagswähler — zurückzukommen, wir haben die unendliche Freude, konstatiren zu können, daß Einer der „Edelsten und Besten", eine wirkliche und veritable Exzellenz, der hanseatische Ministerresident Krüger in Berlin, uns den das Maaß der menschenmöglichen Gefälligkeit eigentlich etwas überschreitenden Spaß gemacht hat, unsern oben erwähnten Rath in allerdöchstem Ernste den betreffenden Lübecker Herrschaften in's Gesicht zu wiederholen — freilich, wie wir zu unserm Leidwesen und zur Herabminderung des Tugendruhmes der hanseatischen Exzellenz eingestehen müssen, non sine Deo, nicht ohne eine göttliche Inspiration, als welche, wie sich erwarten läßt, von dem hocherhabenen gewöhnlichen Spender recht auserwählter Verstandes- und Tugendblüthen ausgegangen ist, von unserm alten Papa Bachus. Die Gelegenheit war gut gewählt. Lübecks „Gemeinnützige Gesellschaft" feierte, letzten Dienstag, ihr 100jähriges Stiftungsfest und bereicherte sich, ihre „Gemeinnützigkeit" in unzweideutiger Weise dadurch zu dokumentiren, daß sie unter strengstem Ausschluß des „gemeinen Mannes" einen Mummenschanz inszenirte, der wenigstens das Gute hatte, daß er einigen Schwätzern etwas zu verdieren gab. Bei dem Festmahl, das diesem bunten Faschingsspröchen folgte, kam der mitanwesende Herr Ministerresident Krüger ganz natürlich auf die Wahlen, auf die Erneuerung des Faschingsreichstags, zu sprechen, — die Ideenverbindung war ja auch naheweisbar — und legte den versammelten Blüthen der hiesigen Bourgeoisie nach einer längeren Auseinandersetzung über die Wichtigkeit des Elb-Trave-Kanals für unsere Stadt die Nothwendigkeit an's Herz, das Wohlwollen des Kaisers durch die Wahl nationaler Männer in den Reichstag zu erwidern! Ein hübsches Bild, das nicht übersehen werden sollte, wenn ein Historiker der Zukunft einmal das Gemälde des „Deutschen Reiches" im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts zeichnet — freilich eine Arbeit, zu der ein guter Magen gehört! Man klagt, namentlich in „hohen" Kreisen, häufig über das zersetzende und depravirende „Judenthum" in der Gegenwart! Nun, daß unsere Mitbürger semitischer Abkunft die Schuld an Dem tragen, was man damit meint, müssen wir entschieden verneinen — und damit auch die Berechtigung, sie dafür verantwortlich zu machen, wenn sie häufig genug, in Folge der traurigen Bergangenheit ihres Geschlechts, die Vertreter dessen sind, was als „Judenthum" beklagt wird. Aber Das ist allerdings ganz richtig: was man als „Alles zersetzendes und depravirendes Judenthum" zu bezeichnen pflegt, das existirt wirklich — und zwar eben so häufig bei getauften wie bei beschnittenen, bei teutonischen wie bei semitischen, bei „weißen" wie bei „schwarzen Juden", und Das ist wirklich eine furchtbare Macht des Unheils, die, wenn nicht bald gründlich beseitigt, ganz Deutschland zunächst moralisch und dann auch materiell ruiniren muß. Und was ist es, dieses verderbliche Etwas? Es ist die Gewohnheit, die „zweite Natur", im Handeln nur einen Handel, im Kampf des Lebens nur einen Schacher zu sehen — kurzum, das unmöglichste Aufgehenlassen des ganzen Menschenthums in Manchesterthum und Individualismus. Dabei hört eben in der Welt der Kultur und Moral Alles auf, wie in der physischen Welt Alles aufhören würde beim Verlöschen der Sonne. Nun, dieses seelenmörderische „Judenthum" — dessen eigentliche Verkörperung in der Politik die Nationalliberale Partei ist — es hat sich selbst in vorzüglicher Deutlichkeit porträtirt in der zitirten Aeußerung unseres gemeinnützigen Herrn Ministerresidenten. Angebot: Eine reichsfreundliche Stimme im Reichstag! Nachfrage: Wohlwollen des Kaisers! Preisverhältniß: Das Wohlwollen muß weit genug gehen, uns den Elb-Trave-Kanal zu schaffen. Abschluß des Geschäfts: Soll es auch! Zugeschlagen! Glück damit! — Und nun kann ja Brehmer oder Fehling oder der unseelige Niklas Brömse oder wer sonst Lust hat als Lübecks Vertreter zum neuen Reichstage reisen! Was er dort dem deutschen Volke leistet, wie Lübecks Wählerschaft ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit gegenüber der deutschen Nation erfüllt oder nicht erfüllt hat — das ist dann ja „Wurscht", wenn das Geschäft nur gemacht wird, wenn der weiße Jude nur bei dem Schacher Reichstagswahl auf seinen Schmuh gekommen ist. Daß dieses Geschäft schon einmal gemacht ist, und daß der Schmuh sich dabei als ein Windsack herausgestellt hat, und daß trotzdem noch einmal davon die Rede sein kann, darauf einzugehen — das liefert eben nur einen Beweis dafür, daß bei diesem christlich-germanischen Judenthum von ächtem semitischen Judenthum keine Beimischung zu finden ist. Der „schwarze" Jude fordert solide Kontanten! Er begnügt sich nicht mit einer Karnevalsbezahlung, einer Maskenfortuna, deren Spenden aus vergoldeter Pappe bestehen. Respekt vor ihn — vergleichungsweise natürlich. Uebrigens wird versichert, daß die konservativen Hörer der gemeinnützigen Krüger'schen Rede an derselben zum Theil doch rechten Anstoß genommen haben. Das glauben wir gern. Im entschieden konservativen Lager giebt es noch Menschen, die ein Gefühl für die Gemeingefährlichkeit solcher weißjüdischen Gemeinnützigkeit besitzen; im nationalliberalen Lager — abgesehen von den noch nicht auf der Höhe der „deutschen Gesinnung angelangten jungen Menschen unter 21 Jahren — findet sich schwerlich ein Einziger — ich meine in ganz Deutschland. Wie unschicklich es außerdem noch war, des Kaisers Persönlichkeit in dieser Weise mit der Parteipolitik zu verbinden, liegt auf der Hand. Im Uebrigen zeichnete sich die Krüger'sche Rede noch durch den Geistesblitz aus, Deutschland müsse sich eine große Flotte schaffen, um eine Weltmacht mit einem blühenden transmarinen Handel zu werden. Des Kaisers Interesse für die Kriegsflotte wurde mit seinem Wunsche, den deutschen Seeverkehr zu steigern, in Verbindung gebracht. Der gelehrte Herr nimmt vermuthlich an, der Kaiser wolle Kriegsschiffe bauen lassen, um die deutschen Handelsschiffe gegen die norwegischen Wikinger oder gegen die Barbaresken des Dey's von Algier oder gegen die Flibustier von San Domingo oder vielleicht gar gegen die Piraten von Kreta und Kilikien zu schützen. Werden etwa diese Schreckbilder früherer Jahrhunderte durch spiritistische Vermittlung als Gespenster in die Gegenwart zurückgeführt, so daß zu ihrer Vertreibung der Bau zahlreicher Kriegsschiffe nothwenig ist? Ohne eine solche Voraussetzung sind diese Andeutungen der K'schen Rede sinnlos, denn es genügt, das Wort „Hamburg" auszusprechen, um den Beweis zu liefern, daß in zivilisirten Verhältnissen sich ein sehr blühender Seeverkehr ohne Kriegsflotte entwickeln kann — vorausgesetzt, daß man sich nicht mit aller Welt verfeindet. Von der betreffenden gemeinnützigen Maskerade hinter verschlossenen Thüren ist noch zu berichten, daß ungeachtet des traurigen, warnenden Unglücksfalles mit einem zweijährigen Kinde, dessen wir neulich gedachten, einige der „Hohen Herrschaften" es nicht unterlassen mochten, in ihren Equipagen im vollen Galopp durch die zum Theil sehr engen Straßen zum Festlokal zu jagen, was sich gewiß sehr „patrizisch" ausnahm und denn auch zur Folge hatte, daß ein Arbeiter — vielleicht kein „gemeinnütziger" Festfeierer — in Flinkhausen überfahren und schwer verletzt wurde. Es muß doch ein verdeubelt nettes Gefühl sein, eine so vornehme Gesinnung zu besitzen, daß man vor lauter Staunen über die eigene Uebermenschlichkeit gar nicht an das Glück und Leben seiner kommunen Mitbürger zu denken vermag! Und warum sollte man Das auch? Durch „Wohlthätigkeit" und „aufopfernde christliche Nächstenliebe" läßt sich ja hernach am Schaden vielleicht ein Bischen herumflicken, und jedenfalls ein Pflaster auf's Gewissen backen, falls noch ein Rest von Gewissen da sein sollte — was freilich in sehr vielen Fällen nicht zutreffen wird, denn ein Gewissen zu haben, ist gar nicht „national".

## Fahrplan

**gültig vom 15. Oktober 1889 ab.**

**Wilhelmshaven-Wittmund.**

| | | Mrg. | Mrg. | Mrg. | Mrg. | Nchm. | Nchm. | Abd. | Abd. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Wilhelmshaven | Abf. | 5.09 | 6.18 | 8.31 | 9.35 | 12.29 | 3.26 | 6.56 | 10.01 |
| Bant | „ | 5.15 | — | 8.37 | — | 12.34 | 3.30 | — | 10.07 |
| Marienfiel | „ | 5.20 | — | 8.42 | 9.42 | 12.39 | 3.35 | 7.03 | 10.13 |
| Sande | Ank. | 5.28 | 6.27 | 8.49 | 9.48 | 12.45 | 3.42 | 7.09 | 10.20 |
| | Abf. | 5.35 | — | 9.03 | — | 1.15 | 3.55 | 7.25 | 10.30 |
| Sander-Busch | „ | 5.42 | | 9.09 | — | — | 4.02 | 7.30 | 10.37 |
| Ostiem | „ | 5.53 | | 9.18 | — | — | 4.13 | 7.40 | 10.48 |
| Heidmühle | „ | 6.02 | | 9.26 | — | 1.47 | 4.20 | 7.49 | 10.54 |
| Jever | Ank. | 6.12 | | 9.35 | — | 2.00 | 4.30 | 7.58 | 11.04 |
| | Abf. | 6.32 | 7.55 | 9.55 | — | — | 4.46 | 8.06 | — |
| Vereinigung | „ | 6.40 | 8.02 | 10.03 | — | — | 4.54 | 8.14 | — |
| Aiel | „ | 6.47 | 8.10 | 10.10 | — | — | 5.00 | 8.20 | — |
| Wittmund | Ank. | 6.55 | 8.18 | 10.18 | — | — | 5.09 | 8.29 | — |

| | | | | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Nach Norden | Abf. | 7.20 | — | 11.03 | — | — | 5.25 | — | 4.47 |
| In Esens | Ank. | 7.58 | — | 11.51 | — | — | 6.03 | — | 5.26 |
| „ Norden | „ | 9.23 | — | 1.21 | — | — | 7.29 | — | 6.48 |
| „ Aurich | „ | 10.59 | — | 3.49 | — | — | 10.14 | — | 8.24 |
| „ Emden | „ | 11.15 | — | 4.19 | — | — | 9.40 | — | 8.38 |

**Wittmund-Wilhelmshaven.**

| | | Mrg. | Mrg. | Mrg. | Mrg. | Nchm. | Nchm. | Abd. | Abd. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Von Norden | Ank. | — | — | 8.31 | 11.03 | — | 5.16 | — | 9.47 |
| Wittmund | Abf. | — | 7.10 | 8.40 | 11.20 | — | 5.55 | — | 10.00 |
| Aiel | „ | — | 7.19 | 8.50 | 11.30 | — | 6.04 | — | 10.10 |
| Vereinigung | „ | — | 7.27 | 8.58 | 11.38 | — | 6.13 | — | 10.18 |
| Jever | Ank. | — | 7.35 | 9.05 | 11.45 | — | 6.20 | — | 10.25 |
| | Abf. | 5.53 | — | 9.13 | 12.09 | 2.47 | 6.30 | — | 10.45 |
| Heidmühle | „ | 6.03 | | 9.23 | 12.19 | 3.11 | 6.40 | — | 10.55 |
| Ostiem | „ | 6.08 | | — | 12.24 | — | 6.45 | — | — |
| Sander-Busch | „ | 6.18 | | 9.35 | 12.34 | — | 6.55 | — | — |
| Sande | Ank. | 6.24 | | 9.41 | 12.40 | 3.35 | 7.01 | — | 11.11 |
| | Abf. | 6.35 | 8.58 | 9.55 | 1.09 | 3.49 | 7.16 | 10.28 | 11.18 |
| Marienfiel | „ | 6.43 | 9.04 | 10.03 | 1.15 | — | 7.22 | 10.34 | 11.26 |
| Bant | „ | 6.50 | 9.10 | 10.10 | 1.22 | — | 7.29 | — | — |
| Wilhelmshaven | Ank. | 6.55 | 9.15 | 10.15 | 1.26 | 4.01 | 7.33 | 10.42 | 11.36 |

**Wilhelmshaven-Bremen u. s. w.**

| | | Mrg. | Mrg. | Vorm. | Nchm. | Nchm. | Abd. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Wilhelmshaven | Abf. | — | 6.18 | 9.35 | 12.29 | 3.26 | 6.56 |
| Bant | „ | — | — | — | 12.34 | 3.30 | — |
| Marienfiel | „ | — | — | 9.42 | 12.39 | 3.36 | 7.03 |
| Sande | Ank. | — | 6.27 | 9.48 | 12.45 | 3.42 | 7.09 |
| | Abf. | — | 6.30 | 9.50 | 12.49 | 3.45 | 7.14 |
| Ellenserdamm | „ | — | 6.39 | 9.59 | 12.58 | 3.55 | 7.23 |
| Dangastermoor | „ | — | 6.48 | — | — | — | 7.32 |
| Barel | „ | — | 6.57 | 10.15 | 1.13 | 4.13 | 7.42 |
| Jaderberg | „ | — | 7.08 | 10.25 | 1.24 | 4.24 | 7.53 |
| Hahn | „ | — | 7.18 | 10.35 | 1.34 | 4.34 | 8.03 |
| Rastede | „ | — | 7.27 | 10.45 | 1.43 | 4.44 | 8.13 |
| Bürgerfeld | „ | — | 7.40 | — | — | 4.58 | — |
| Oldenburg | Ank. | — | 7.45 | 11.00 | 1.58 | 5.03 | 8.28 |
| Nach Osnabrück | Abf. | — | 7.55 | 11.06 | 2.17 | 6.55 | 8.33*) |
| In Osnabrück | Ank. | — | 11.34 | 2.18 | 5.54 | 10.30 | 7.38 |
| Nach Leer | Abf. | — | 7.55 | — | 2.30 | 6.32 | 9.40 |
| In Leer | Ank. | — | 9.30 | — | 3.55 | 7.43 | 10.38 |
| „ Emden | „ | — | 11.17 | — | 5.29 | 8.27 | 11.35 |
| „ Papenb. | „ | — | 10.14 | — | 5.48 | — | 11.23 |
| Nach Bremen | Abf. | 6.16 | 8.02 | 11.05 | 2.10 | 5.13 | 8.40 |
| Wüsting | „ | 6.29 | 8.14 | 11.17 | 2.22 | 5.27 | 8.52 |
| Hude | Ank. | 6.41 | 8.25 | 11.28 | 2.33 | 5.40 | 9.03 |
| Nach Nordenh. | Abf. | — | 8.32 | 11.40 | 2.43 | 5.55 | 9.15 |
| In Elsfleth | Ank. | — | 9.00 | 12.12 | 3.12 | 6.27 | 9.44 |
| „ Brake | „ | — | 9.24 | 12.43 | 3.40 | 6.55 | 10.10 |
| „ Nordenham | „ | — | 10.02 | 1.28 | 4.18 | 7.40 | 10.48 |
| Nach Bremen | Abf. | 6.45 | 8.30 | 11.29 | 2.38 | 5.44 | 9.08 |
| Grüppenbühren | „ | 6.55 | 8.39 | — | 2.47 | 5.54 | 9.17 |
| Schierbrock | „ | 7.02 | — | — | — | 6.00 | — |
| Delmenhorst | „ | 7.13 | 8.53 | 11.49 | 3.00 | 6.14 | 9.30 |
| Heidkrug | „ | 7.20 | — | — | — | 6.21 | — |
| Huchtingen | „ | 7.27 | 9.04 | — | 3.12 | 6.29 | 9.42 |
| Bremen-Neustadt | „ | 7.37 | 9.15 | 12.07 | 3.23 | 6.39 | 9.53 |
| Bremen (Zent.-Bhf.) | Ank. | 7.43 | 9.21 | 12.13 | 3.29 | 6.45 | 9.59 |
| Nach Hannover†) | Abf. | 8.02 | 9.54 | 12.56 | 4.00 | 7.26 | 11.16 |
| In Hannover | Ank. | 11.06 | 1.03 | 3.16 | 7.28 | 10.55 | 1.52 |
| „ Berlin | „ | — | — | 8.26 | — | — | — |
| „ Braunschweig | „ | 12.24 | — | 4.46 | — | — | — |
| „ Magdeburg | „ | 2.37 | — | 6.27 | — | — | — |
| „ Leipzig | „ | 5.43 | — | 9.49 | — | — | — |
| „ Dresden | „ | 8.24 | — | 12.26 | — | — | — |
| Nach Berlin | Abf. | — | 9.43 | 10.19 | — | 3.44 | — 5.00 |
| In Uelzen | Ank. | — | 11.48 | 1.21 | — | 6.58 | — 7.28 |
| „ Stendal | „ | — | 1.53 | 4.39 | — | 9.56 | — 10.44 |
| „ Magdeburg | „ | — | 3.05 | 6.20 | — | 11.40 | — 12.08 |
| „ Berlin | „ | — | 4.25 | 7.48 | — | 1.02 | — 1.35 |
| Nach Bremerh. | Abf. | 6.42 | 10.20 | 1.00 | 5.20 | 7.50 | 11.06 |
| In Bremerhafen | Ank. | 8.25 | 12.00 | 2.34 | 7.04 | 8.59 | 12.36 |
| Nach Hamburg**) | Abf. | 7.00 | 9.56 | 1.30 | — | 7.40 | 7.52 |
| In Hamburg | Ank. | 9.55 | 12.50 | 4.35 | — | 9.45 | 10.41 |
| „ Kiel | „ | 2.00 | 5.08 | 9.45 | — | 12.47 | — |

*) Bleibt in Quakenbrück. †) Personeng. Mrg. 5.25 Abf. von Bremen, 8.48 in Hannover. **) Schnellzug m. 1. u. 2. Klasse Mrg. 6.01 Abf. und 8.10 Ankunft in Hamburg.

**Bremen-Wilhelmshaven.**

| | | Mrg. | Mrg. | Vorm. | Nchm. | Abd. | Abd. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Von Hannover | Ank. | 5.51 | 8.25 | 11.41 | 3.49 | 7.30 | 10.00* |
| „ Berlin | „ | — | 9.16 | — | 4.36 | 6.23 | 10.46 |
| „ Bremerhafen | „ | 7.26 | 9.33 | 12.09 | 3.21 | 6.12 | 10.37 |
| „ Hamburg | „ | 6.36 | 9.24 | 12.13 | 3.31 | 7.12 | 11.37† |
| Bremen (Zent.-Bhf.) | Abf. | 6.17 | 10.30 | 12.52 | 4.56 | 7.45 | 11.40 |
| Bremen-Neustadt | „ | 6.25 | 10.40 | 1.00 | 5.05 | 7.55 | 11.47 |
| Huchtingen | „ | 6.32 | 10.47 | 1.08 | 5.12 | 8.02 | 11.58 |
| Heidkrug | „ | — | — | — | — | — | — |
| Delmenhorst | „ | 6.44 | 11.00 | 1.20 | 5.24 | 8.14 | 12.16 |
| Schierbrock | „ | — | 11.08 | 1.28 | — | — | — |
| Grüppenbühren | „ | 6.56 | 11.15 | 1.35 | 5.35 | 8.25 | 12.37 |
| Hude | Ank. | 7.04 | 11.23 | 1.43 | 5.44 | 8.34 | 12.50 |
| Von Nordenham | Ank. | 6.35 | 11.25 | 1.40 | 5.35 | 8.30 | — |
| Nach Oldenburg | Abf. | 7.08 | 11.28 | 1.48 | 5.45 | 8.39 | 12.53 |
| Wüsting | „ | 7.20 | 11.40 | 2.00 | — | 8.51 | 1.13 |
| Oldenburg | Ank. | 7.30 | 11.51 | 2.10 | 6.04 | 9.01 | 1.30 |
| Von Osnabrück | Ank. | 7.33 | 9.46 | 1.55 | 5.03 | 8.33 | — |
| „ Leer | „ | 7.27 | 10.57 | 1.52 | — | 8.24 | — |
| Nach Wilhelmsh. | Abf. | 7.45 | 11.56 | 2.25 | 6.09 | 9.15 | — |
| Bürgerfeld | „ | — | 12.02 | 2.30 | — | — | — |
| Rastede | „ | 8.00 | 12.15 | 2.45 | 6.25 | 9.30 | — |
| Hahn | „ | 8.10 | 12.25 | 2.55 | 6.34 | 9.40 | — |
| Jaderberg | „ | 8.19 | 12.34 | 3.05 | 6.43 | 9.49 | — |
| Barel | „ | 8.32 | 12.48 | 3.20 | 6.55 | 10.05 | — |
| Dangastermoor | „ | 8.37 | — | 3.25 | — | — | — |
| Ellenserdamm | „ | 8.45 | 12.59 | 3.35 | 7.05 | 10.15 | — |
| Sande | Ank. | 8.54 | 1.07 | 3.45 | 7.14 | 10.24 | — |
| | Abf. | 8.58 | 1.09 | 3.49 | 7.16 | 10.28 | — |
| Marienfiel | „ | 9.04 | 1.15 | — | 7.22 | 10.34 | — |
| Bant | „ | 9.10 | 1.22 | — | 7.29 | — | — |
| Wilhelmshaven | Ank. | 9.15 | 1.26 | 4.01 | 7.33 | 10.42 | — |

*) 1.28. †) 12 53.

Nur an Sonntagen.

**Jever-Carolinensiel.**

| | | Mrg. | Vrm. | Nchm. | Abds. |
|---|---|---|---|---|---|
| Jever | Abfahrt | 6.20 | 9.50 | 2.10 | 8.05 |
| Wiefels | „ | 6.30 | 10.00 | 2.20 | 8.15 |
| Bussenhausen | „ | 6.38 | — | 2.28 | 8.23 |
| Tettens | „ | 6.50 | 10.12 | 2.35 | 8.30 |
| Hohenkirchen | „ | 7.05 | 10.22 | 2.47 | 8.42 |
| Garms | „ | 7.15 | 10.30 | 2.55 | 8.50 |
| Carolinensiel | Ankunft | 7.25 | 10.40 | 3.05 | 9.00 |

**Carolinensiel-Jever.**

| | | Mrg. | Vrm. | Nchm. | Abds. |
|---|---|---|---|---|---|
| Carolinensiel | Abfahrt | 7.55 | 11.05 | 5.25 | 9.45 |
| Garms | „ | 8.12 | 11.17 | 5.37 | 9.57 |
| Hohenkirchen | „ | 8.27 | 11.27 | 5.47 | 10.06 |
| Tettens | „ | 8.37 | 11.35 | 5.55 | 10.14 |
| Bussenhausen | „ | 8.44 | 11.42 | 6.02 | 10.20 |
| Wiefels | „ | 8.50 | 11.49 | 6.09 | 10.28 |
| Jever | Ankunft | 9.01 | 11.59 | 6.19 | 10.38 |

Bemerkungen: Die fettgedruckten Stundenziffern bedeuten die Zeit von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, die Längsstriche | vor den Ziffern bedeuten, daß der betreffende Zug ein Schnellzug oder ein Personenzug mit 1.—3. Klasse ist, ausschließlich der Oldenb. Bahnen.

## Fahrplan des städt. Dampfers „Eckwarden"

zwischen Wilhelmshaven und Eckwarderhörne,

gültig vom 1. Oktober 1889 bis 15. April 1890.

Von Wilhelmshaven 11.00 Vorm. 5.15 Nchm.

Von Eckwarderhörne 7.30 Vorm. 3.00 Nchm.

Fahrpreis für die einfache Fahrt 1. Kajüte 60 Pf. 2. Kajüt. 40 Pfg., für Retourbillets 1. Kajüte 1 Mk., 2. Kajüte 0,60 Mk. — Kinder unter 10 Jahren zahlen die Hälfte der vorstehend festgesetzten Fahrpreise.

Die Anlegestelle des Dampfers befindet sich an der Nordmole der neuen Hafeneinfahrt.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Fischer; Druck und Verlag von F. Kühn, Bant-Wilhelmshaven.

Landesbibliothek Oldenburg